

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Ercheint täglich außer Montags.

# Vorwärts

**Berliner Volksblatt.**

**Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechspaltige Kolonne  
 oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 30 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr  
 vormittags geöffnet.

**Verantwortlicher Redakteur:** Emil L. Nr. 1506.  
**Telegraphische Adresse:**  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentf-Strasse 2.

Dienstag, den 12. Januar 1897.

Expedition: SW. 19, Bentf-Strasse 3.

## Beamtenbesoldungen in Preußen.

Die dem Abgeordnetenhaus zugleich mit dem Etat zugegangene Denkschrift betreffend die Fortführung der Besoldungsaufbesserung für die mittleren und höheren etatsmäßigen Beamten fordert zu einem Vergleich heraus zwischen dem, was der Staat in den letzten Jahren für die höheren und dem, was er für die unteren Beamten getan hat. Eine planmäßige Aufbesserung der Beamtengehälter begann erst im Jahre 1890; alle gesetzgeberischen Maßnahmen vor dieser Zeit bezogen sich nur auf einzelne Beamtenklassen und betrafen weniger eine Gehaltserhöhung als sonstige Vergünstigungen. Es seien in dieser Beziehung erwähnt die Gewährung des geschätzlichen Pensionsanspruches unter Wegfall der Abzüge zum Pensionsfonds und die Erhöhung des Pensionsfußes von  $\frac{1}{50}$  auf  $\frac{1}{60}$  für jedes Dienstjahr, ferner die Gewährung des Wohnungsgeldzuschusses und der Wittwen- und Waisengelder bei späterem Erlaß der Wittwen- und Waisengeldbeiträge.

Alle diese Maßregeln kosteten den Staat nicht allzuviel, sie kamen auch nur einzelnen Beamtenkategorien zu gute, waren aber nicht ausreichend, die Lage, namentlich der Unterbeamten, im allgemeinen zu heben, zumal da die Lebenshaltung in den letzten Jahren immer größere Ansprüche erheischte. So ist es denn kein Wunder, daß der Wunsch nach Verbesserung ihrer Lage in immer weiteren Beamtentreisen hervortrat. Dieses Verlangen machte sich selbstredend nicht in direkten Forderungen geltend — denn welcher preussische Beamte dürfte es wagen, sich mit Aussicht auf Erfolg an seine vorgesetzte Behörde mit dem Wunsche um Gehaltserhöhung zu wenden? Es machte sich bemerkbar in den zahlreichen Petitionen, mit denen der Landtag jahraus jahrein von wirklich nothleidenden Beamten überschwenmt wird. Manche zogen es auch vor, sich an die Presse zu wenden oder durch einen Abgeordneten ihr Interesse wahrnehmen zu lassen. Die Regierung kümmerte sich wenig um die Klagen ihrer Angestellten, die Petitionen wurden gewöhnlich nicht berücksichtigt, sie glaubte genug getan zu haben, wenn sie von Zeit zu Zeit einzelne Kategorien aufbesserte. So erfuhren beispielsweise 1879 anlässlich der Gerichtsorganisation die richterlichen Beamten und später die Bau-Juspektoren, die Oberförster und die Distriktskommissarien in der Provinz Posen eine Aufbesserung.

Die planmäßige Erhöhung der Beamtengehälter im Jahre 1890 war die Folge einer Anregung der linken Seite des Reichstages. Die preussische Regierung ist hieran ebenso unschuldig, wie die der anderen Bundesstaaten, sie hatte keinerlei Vorarbeiten für eine wirkliche Reform des Besoldungswesens gemacht und mußte sich durch eine schematische Regelung der Frage aus der Verlegenheit ziehen. Sie führte eine prozentuale Erhöhung der bestehenden Besoldungen herbei, zunächst nur für die Unterbeamten und für einige Klassen von Subalternbeamten, wobei die jüngeren gering bezahlten Beamten verhältnismäßig am schlechtesten fortamen. Im ganzen wurden damals ausgezahlt für die Unterbeamten 10 511 000 M., für einzelne Klassen der mittleren Beamten 1 994 000 M., für diätarische Beamte 1 325 000 M. und für Stellenzulagen 1 170 000 M., zusammen 15 000 000 M.

Dieser Besoldungs-Verbesserungsplan erfuhr vorläufig keine Fortführung; statt dessen wurde in den nächsten Jahren allmählich das System der Dienstaltersstufen vollständig durchgeführt bis auf einzelne Klassen, auf die ihrer besonderen Natur wegen dies System nicht anwendbar ist. Des weiteren wurde die Zahl der etatsmäßigen Stellen der Subaltern- und Kanzleibeamten im Verhältnis zu den diätarisch beschäftigten Personen nicht unerheblich vermehrt, so daß jetzt, nachdem im Etat 1893/94 3446 neue etatsmäßige Stellen geschaffen sind, die Diätarien durchschnittlich nach einer vierjährigen Dienstzeit definitiv angestellt werden.

Der jetzige Plan soll nun die im Jahre 1890 begonnene Aufbesserung weiterführen und zum Abschluß bringen. Berücksichtigt sind diesmal nur die mittleren und höheren Beamten, für die im ganzen 19 569 295 M. mehr gefordert werden. Diese Summe vertheilt sich auf 73 516 Beamte, die durchschnittlich eine Gehaltserhöhung um 10 pCt. erfahren, doch ist dieser Prozentsatz bei den bereits hoch besoldeten Beamten ein weit größerer, bei den geringer bezahlten ein weit niedrigerer. So wird z. B. das Gehalt der Unterstaatssekretäre, das jetzt 15 000 M. beträgt, auf 20 000 M., also um 33 1/3 pCt., das der Lokomotivführer, Schiffsmaschinisten und Maschinisten bei elektrischen Beleuchtungsanlagen, das bisher im Durchschnitt sich auf 1600 M. beläuft, auf 1700 M., also nur um 6 1/3 pCt. erhöht. Ähnliche Zahlen ergeben die vergleichenden Betrachtungen auch für andere Kategorien, doch würde es zu weit führen, dieselben einzeln aufzuführen.

Von der ausgefetzten Summe entfallen auf 1158 Beamte der Forstverwaltung 747 390 M., auf 1723 Beamte der Verwaltung der direkten Steuern 382 202 M., auf 4542 Beamte der Verwaltung der indirekten Steuern 1 114 825 M., auf 1937 Beamte der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung 627 842 M., auf 86 134 Eisenbahnbeamte 6 089 400 M., auf 2084 Beamte im Finanzministerium 857 609 M., auf 1056 Beamte der Bauverwaltung 390 720 M., auf 13 607 Beamte der Justizverwaltung 4 331 710 M., auf 3010 Beamte im Ministerium des Innern 1 103 636 M., auf 1104 Beamte des Landwirtschaftsministeriums 355 050 M., auf 5997 Beamte beim Kultusministerium 3 150 500 M.

Zu Uebereinstimmung mit dem dem Reichstage vor-

liegenden Entwurf sind wie im Reich so auch in Preußen die Unterbeamten unberücksichtigt geblieben, obgleich gerade sie vielfach am dringendsten einer Aufbesserung bedürfen. Die Denkschrift bezeichnet es jedoch als nicht angängig, bei dem vorliegenden Anlaß auf die Unterbeamten und Kanzleibeamten zurückzugehen; die Aufbesserung der Gehälter der Kanzleibeamten sei in einem Maße erfolgt, daß ein Bedürfnis zu weiteren Erhöhungen überhaupt nicht anerkannt werden könne. Eine abermalige Erhöhung der gegenwärtigen Besoldungen der Unterbeamten nach so kurzer Zeit würde sehr erhebliche finanzielle Mehraufwendungen erfordern und ein Herausgreifen einzelner Kategorien würde wiederum Forderungen zu gunsten anderer Klassen im Gefolge haben, wodurch die ausreichende Berücksichtigung der mittleren und höheren Beamten erschwert, sogar gefährdet werden könne. Die Aufbesserung der Unterbeamtengehälter müsse vielmehr durch die im Jahre 1890/91 getroffenen Maßnahmen als zur Zeit abgeschlossen angesehen werden, und es müsse späterer Erwägung vorbehalten bleiben, bezw. von der demnächstigen Gestaltung der Finanzlage abhängig gemacht werden, inwieweit etwa bei einzelnen Kategorien trotz der stattgehabten Aufbesserung ein Bedürfnis zu weiteren Gehaltserhöhungen anzuerkennen sein möchte.

Wir können uns dieser echt fiskalischen Auffassung nicht anschließen. Wir wären gewiß die letzten, die die Nothwendigkeit eines auskömmlichen Einkommens für jeden Beamten bestritten. Stehen doch heute, wo die Beamten, namentlich in höheren Stellen, einer langen Vorbereitungszeit bedürfen, in der sie von ihren Angehörigen unterhalten werden müssen, wo sie oft noch Jahre hindurch thätig sein müssen, ehe sie ein festes Gehalt beziehen, die höheren Verwaltungsstellen nur denen offen, die sich des Vorzuges einer adeligen Geburt oder einer Abstammung aus wohlhabenden Familien erfreuen! Je besser die höheren Beamten in ihren Grundbesitzen gestellt werden, je kürzere Zeit es dauert, bis sie in den Besitz eines festen Einkommens gelangen, desto eher wird es auch anderen Volksschichten gelingen, in diese Stellen einzurücken. Aber, was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Soll der höhere und mittlere Beamte, wie es in der Denkschrift heißt, ein Gehalt beziehen, „welches zum standesmäßigen Leben erforderlich ist und eine angemessene Unterhaltung seiner Familie und Ausbildung seiner Kinder gestattet“, so ist es wahrlich nicht zu viel verlangt, wenn der Unterbeamte mindestens so viel erhält, um seine Lebensbedürfnisse befriedigen, seine Familie anständig unterhalten und seinen Kindern eine Ausbildung angedeihen lassen zu können, die es ihnen ermöglicht, in dem immer härter werdenden Kampfe ums Dasein erfolgreich zu bestehen. Vorläufig wird es freilich noch lange dauern, ehe der preussische Beamte eine solche Stellung einnimmt.

Zu seiner Etatsrede rieth der Finanzminister den unteren Beamten, sich vorläufig zufrieden zu geben. Er versuchte, sie auf bessere Zeiten zu vertrösten, da sonst das einheitliche Werk scheitern würde, ohne daß die Unterbeamten einen Vortheil davon hätten. Sollte es denn wirklich so schwer sein, weiter zu gehen, als der Plan der Regierung es will, und auch die gering besoldeten Beamten zu berücksichtigen? Die Finanzlage Preußens ist mehr als glänzend, bei einem Ueberschuß von 60 Millionen im abgelautenen Jahre, bei einem zu erwartenden Ueberschuß mindestens in gleicher Höhe, vielleicht sogar von 80 Millionen Mark im laufenden Jahre, kann es doch auf ein paar Millionen mehr nicht ankommen, wenn es sich darum handelt, wirkliche Nothstände zu beseitigen. Auch ließe sich vielleicht an anderer Stelle etwas ersparen. Wozu das schon hohe Gehalt der Unterstaatssekretäre noch um 5000 M. erhöht werden soll, ist nicht einleuchtend, denn die Gleichstellung mit den Unterstaatssekretären im Reich kann doch nicht ausschlaggebend sein. Ebenso wenig ist der Beweis erbracht, aus welchem Grunde die Oberpräsidenten, deren Gehalt sich auf 21 000 M. beläuft, künftig noch 3000 M. Repräsentationsgelder erhalten sollen.

Freilich werden diese Anregungen auf wenig fruchtbaren Boden fallen. Herr Miquel hat ja bereits die Parole ausgegeben, daß das Kapitel der Beamtenbesoldungen so rasch wie möglich, ohne Abänderung, erledigt wird, und das allzeit gehorsame Abgeordnetenhaus wird ihm diesen Gefallen gern thun. Und wenn der Finanzminister in seiner Etatsrede die Beamten ermahnte, mehr darauf zu sehen, was sie selbst an Verbesserungen bekommen, als darüber ungehalten zu sein, daß ein anderer etwas mehr bekommt, so werden sich die Unterbeamten, die diesmal leer ausgegangen sind, diese Mahnung zu Herzen nehmen. Sie werden die Weisheit des Herrn Miquel preisen, der ihren Vorgesetzten in höheren Stellen so freundlich entgegengekommen ist, und nicht darüber ungehalten sein, daß für sie nichts abgefallen ist. Zufriedenen Herzens werden sie warten, bis die Regierung sich ihrer erinnert, und sich in der Zwischenzeit den Leibriemen etwas enger schnallen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, 11. Januar 1897.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann heute die zweite Lesung des Lehrerbefoldungs-Gesetzes. Eine längere Debatte entspann sich zunächst bei der Festsetzung des Grundgehalts, welches nach dem Kommissions-

beschluss mindestens 900 M. für Lehrer und 700 M. für Lehrerinnen betragen soll. Ein nationalliberaler Antrag, der dasselbe auf 1000 bzw. 800 M. festsetzen wollte, sowie ein noch weiter gehender Antrag Rickert (1200 M.) wurden abgelehnt, nachdem sich außer den Rednern der Konservationen und des Zentrums auch der Kultusminister dazwischen erklärt hatten. Dr. Basse versicherte, daß die Regierung das Hauptgewicht nicht auf das Grundgehalt, sondern auf die Alterszulagen lege und daß das ganze Gesetz gefährdet sei, falls die Kommissionsbeschlüsse nicht angenommen würden, die die äußerste Grenze des Erreichbaren bilden. Daß der Kultusminister bei dieser Gelegenheit unter dem Beifall der Rechten die Noth der Landwirtschaft betonte, war wenig am Platze; es ist höchstens als ein Beweis dafür anzusehen, daß er von seinem Kollegen Miquel gelernt hat. Bemerkenswerth ist nur noch die Rede des nationalliberalen Abg. v. Rupp, der den Lehrerstand als den Wehrstand für den inneren Feind und als den rocher de bronze bezeichnete, an dem die Sozialdemokratie scheitern würde.

Eine Niederlage erlitt die Regierung bei dem § 7, welcher bestimmt, daß bei unbefriedigender dienstlicher Führung die Alterszulagen verweigert werden können. Hierzu wurde gegen den Widerspruch des Regierungsvertreters ein Antrag Rickert angenommen, wonach die Gründe der Veragung dem davon Betroffenen schriftlich mitgeteilt werden müssen. Festige Erörterungen rief noch § 8 hervor, der sich auf die Alterszulagen bezieht. Die Regierungsvorlage wollte alle größeren Städte, die einen eigenen Kreis bilden, von dem Anschluß an die Klassen ausnehmen, die Kommission hat nur Berlin ausgenommen und das Hans trat diesem Vorschlage heute bei. Infolge dessen wird es voraussichtlich im Herrenhause zu heftigen Debatten kommen, da die Bürgermeister für die Interessen der Städte eintreten werden.

Morgen wird die Beratung fortgesetzt.

„Nationale Politik“, nationale Wirtschaftspolitik, nationale Sprachenpolitik, nationale Schweinepolitik, alle mögliche nationale Politik treiben die Agrarier, so wie es ihnen paßt, aber nichts hassen sie mehr als nationale Arbeiterpolitik. Die Agrarier waren es, die im Interesse des Druckes auf die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter die Milderung der Grenzperre gegen Rußland und Galizien erwirkten und immer wieder suchen sie die öffentliche Meinung auf die Einführung chinesischer Kulis vorzubereiten. So empfahl ein ostpreussischer Gutbesitzer Schmidt in diesen Tagen in einem Organe des Bundes der Landwirthe wieder einmal die Einfuhr chinesischer Landarbeiter. Wir, die der Meinung sind, daß die einzig richtige nationale Politik, die sich übrigens vollkommen mit unseren internationalen Grundsätzen verträgt, die Sorge um die Gesammtheit der Volksgenossen und vor allem die wirtschaftliche, geistige und moralische Hebung der Arbeiterklasse ist, können die Kulliliebenden Agrarier nur des Mißbrauchs zeihen, wenn sie von nationaler Politik sprechen. Die Sorge um die hohen Erträgnisse ihres Bodens, um Steigerung ihrer Rente ist für ihre politische und sonstige Thätigkeit der einzige Leitstern. Sklavenhalter können die Wahrung der Interessen ihres Bodens und Besitzes höher stellen, als das Interesse ihrer Arbeiter. In einem Lande aber, wo die Zugehörigkeit zur Nation nicht abhängig ist von Besitz und sozialer Stellung, ist der Versuch, die heimischen Arbeiter durch Niederkonkurrenz seitens bedürfnisloser Arbeiter fremder Rasse auszuhungern, Hochverrath an der eigenen Nation.

Nationalliberale Nichtswisser. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ haust folgendes Waschzettelchen:

Der „Vorwärts“ versichert, daß die Ergebnisse der letzten Volkszählung Frankreich „gebieterisch zum Milizsystem drängen“, und fährt dann fort: „Ein Milizheer aber kann für einen Angriffskrieg nicht benutzt werden.“ Die erste französische Republik hat sich durch den Milizcharakter ihrer Heere nicht abhalten lassen, unter der Loosung „Krieg den Palästen, Friede den Hütten“ Angriffskriege zu führen.

Der nationalliberale Knownothing bethätigt hier doppelt seine Unwissenheit. Er weiß nämlich 1. nicht, daß Frankreich 1792 von dem monarchischen Europa angegriffen wurde und nur Vertheidigungskriege führte; und 2. weiß er nicht, daß das „Aufgebot in Masse“ kein Milizheer war. Mehr Unwissenheit kann man von einem Nationalliberalen wahrhaftig nicht verlangen.

Dem Herrn von Stumm, der nicht begreifen konnte, daß Arbeiter-Organisationen Streiks verhindern, läßt eine Zeitungs-Korrespondenz aus Dänemark folgende Belchrung zu theil werden:

Das Jahr 1896 war für die dänische Arbeiterbevölkerung verhältnismäßig ruhig. Streiks von Bedeutung haben fast gar nicht stattgefunden. Der Grund hierfür muß entschieden darin gesucht werden, daß die Organisation sowohl unter den Meistern als unter den Gesellen einen hohen Grad von Festigkeit erreicht hat. Dies ist eine Folge davon, daß man die gegenseitige Stärke einigermaßen erkannt hat und es vorzieht, etwaige Streitsachen im Wege gültiger Uebereinkunft zu erledigen. In Kopenhagen streikten zu Anfang des Jahres die Schuhmacher-Gesellen und die Kupfer-Schmiede auf der Werk von Burmeister u. Wain; diese beiden Lohnkämpfe endeten im Frühjahr durch gültiges Uebereinkommen. Im Oktober schloß ein kurzer Streik der Grobbäder-Gesellen zu einer verhältnismäßig bedeutenden Lohnerhöhung. Das

gegen endete ein im November ausgebrochener Streik der Milch-  
käufer mit einer absoluten Niederlage für die Streikenden, ob-  
gleich es sich gar nicht um eine Lohnfrage handelte, sondern allein  
um das Recht der Käufer, Mitglieder eines Fahrvereins zu sein.  
Eine ähnliche Frage war die Ursache eines Landarbeiterstreiks in  
der Nähe von Aarhus, der damit endigte, daß das Vereinsrecht  
der Arbeiter anerkannt wurde. Auf dem platten Lande ist man  
übriens von Streiks verschont worden, auch stehen solche kaum  
in absehbarer Zeit zu gewärtigen. Es soll nämlich die allgemeine  
Anschauung bei den Leitern der Arbeiterpartei vorherrschen, daß  
Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter unter den gegenwärtigen  
Konjunkturen unmöglich zu einem günstigen Resultat führen  
können. In Kopenhagen sind die Arbeitsverhältnisse während des  
ganzen Jahres günstig und die Arbeitslosigkeit in dem bisher ver-  
flossenen Teil des Winters nur sehr gering gewesen.

Hoffentlich wird Herr v. Stumm diese — auch in anderer  
Hinsicht belehrende Auslassung sich hinter den Spiegel stecken —  
was auch anderen Herren sehr zu empfehlen.

Vor dem sozialdemokratischen Gottseibeiuns oder dem  
Gewerkschaftsteufel brauchen sie sich dabei nicht zu fürchten;  
denn von durchaus reiner — das heißt in bezug auf patentirte  
Königs-, Kaiser- und Reichstreue durchaus unverdächtig  
Stelle kommt die Belehrung — aus der „Kreuz-Ztg.“  
des gestrigen Tages. —

Wie man denunziert! In der Redaktion der „Kreuz-Zeitung“,  
dieses vornehmsten und edelsten Organs unserer Vornehmsten und  
Obedienten, ist man in der edlen Kunst des Denunziens von jeher  
wohl erfahren gewesen. Es ist diese Kunst eine der Gaben, die dem  
preussischen Junkerstand von einer freundlichen Fee in die Wiege  
gelegt wurden. Niemals hat es diese höhere Kunst mit größerer  
Virtuosität betätigt als in nachfolgender — zweifellos aus  
anarchistisch-politischen Quelle stammender Einsendung:

A m s t e r d a m , 7. Januar. In den letzten Tagen des alten  
Jahres hielt die niederländische Sozialdemokratie  
ihren diesjährigen Kongress ab, dessen Verhandlungen und Be-  
schlüsse sich sehr interessant gestalteten. Es ist bekannt, daß sich  
innerhalb der niederländischen Sozialdemokratie seit geraumer  
Zeit zwei grundverschiedene Strömungen kundgeben, welche  
bereits auf dem letzten internationalen Sozialistenkongress  
in London mit großer Schärfe zu Tage traten. Die  
eine Richtung nähert sich der Auffassung derjenigen  
Sozialisten, welche die Vertretung der Partei in den  
Parlamenten begünstigen und wenigstens vorläufig jede  
Gemeinschaft mit dem Anarchismus von sich weisen. Die andere  
Richtung aber betrachtet dieses gemäßigte Glaubensbekenntnis  
nur als ein schwindelhaftes Lockmittel, um die bürgerliche  
Gesinnung auf den sozialistischen Keim zu locken, und ihre Anhänger  
sagen es rund heraus, daß die Sozialdemokratie keine Ordnungs-  
partei sei, sondern eine Partei der Revolution. An der Spitze  
dieser Partei steht der einflussreiche und bedeutendste nieder-  
ländische Sozialistenführer Domela Nieuwenhuis, der in  
seinem weit verbreiteten Heft „Recht voor allen“  
im Grunde genommen nur anarchistische Grundsätze ver-  
tritt. Domela Nieuwenhuis, welcher vor einigen Jahren der  
niederländischen Kammer angehörte, aber dann durchsiefel, ist  
plötzlich zur Einsicht gelangt, daß die Proletarier, als deren Ver-  
treter sich dieser Willkürer aufspielt, von dem Parlamentarismus  
nichts zu erwarten haben, sondern nur von der Anwendung der  
Gewalt, die er als das beste Mittel zum Ziele preist. Deshalb  
fordert Domela Nieuwenhuis einen engen Anschluß der Sozial-  
demokratie an den Anarchismus, zu dem ihn seine ganze  
Lebensführung hindrängt. Man war nun neugierig, zu sehen,  
welche Richtung innerhalb der niederländischen Sozial-  
demokratie auf dem Kongresse die Oberhand gewinnen werde.  
Der Sieg ist Domela Nieuwenhuis und seinen Anhängern ge-  
blieben, indem der niederländische Sozialistenkongress jede  
Verteilung der Partei an den bevorstehenden Parlamentswahlen  
verwarf, dagegen den sehr bezeichnenden Beschluß faßte, fortan  
den Anarchisten die Ausnahme in den sozialistischen Parteiverband  
zu gestatten. In Holland vollzieht sich schon der  
Amalgamierungsprozeß der Sozialdemokratie  
mit dem Anarchismus, ein Prozeß, den jeder vernünftig  
Denkende längst vorhergesehen hat! Da könnte ja der Zuchthaus-  
Freiher v. Hammerstein mit viel größerem Recht von sich sagen,  
er sei mit dem jetzigen Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung“  
„amalgamirt“.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Eine An-  
klage wegen Majestätsbeleidigung, die als Typus für eine  
ganze Reihe derartiger Anklagen gelten kann, führte gestern die  
Frau des Eisenhändlers Rinke vor die 7. Strafkammer des Berliner  
Landgerichts I. Die Angeklagte wohnt mit der Frau Tischler  
Wolf in einem Hause, Adalbertstraße 24. Beide Frauen  
hatten sich verfeindet und es kam zu einer Privatklage der  
Angeklagten gegen Frau Wolf. Nunmehr brüstete sich letztere  
einer Hausgenossin gegenüber, daß es ihr ein leichtes sei, ihrer  
Gegnerin zu einigen Monaten Gefängnis zu verhelfen. Wohin  
diese Drohung zielt, zeigte die auf ihr Betreiben erhobene Anklage  
wegen Majestätsbeleidigung. Frau Rinke soll eine solche im  
Jahre 1894 — also vor drei Jahren! — ausgesprochen haben. Die  
Denunziantin behauptete, daß die Angeklagte eines Tages zu ihr  
gekommen sei und ihr gestlagt habe, daß sie wieder nichts in der  
sächsischen Lotterie gewonnen habe; hierbei habe sie dann eine Bemerkung  
gemacht, die eine schwere Beleidigung der Person des Kaisers ent-  
halten habe. Die Angeklagte bestritt entschieden die Wahrheit dieser  
Behauptung, deren Erfindung schon daraus hervorgehe, daß sie  
zu jener Zeit überhaupt nicht in der sächsischen Lotterie gespielt  
habe. Frau Wolf und deren Tochter beschworen ihre belästigenden  
Aussagen. Der Gerichtshof erkannte jedoch in Uebereinstimmung  
mit dem Staatsanwalt auf Freisprechung, da dem ganzen  
Vorgange die innere Wahrscheinlichkeit fehle und bei der Länge der  
Zeit die Sache sich nicht auflären lasse. —

### Deutsches Reich.

Die Kommission für Arbeiterstatistik erledigte  
in zweitägiger Sitzung die Beratung zur Erhaltung eines  
Berichts über die Erhebungen der Arbeitsverhältnisse der in der  
Kleider- und Wäscheherstellung beschäftigten Arbeiter. Ein großer  
Teil der ermittelten Mängel ist in dem System der Hausarbeit  
begründet, welche in diesem Industriezweig fast allgemein vor-  
herrscht. In einzelnen Ländern hat man den Versuch gemacht,  
dieses System durch die Gesetzgebung zu bekämpfen. In solchem Schritt  
konnte man sich in Deutschland unter dem Februarkurs des  
Jahres 1890 nicht entschließen und noch weniger wie damals,  
ist heute dazu eine Reizung vorhanden. Unter dem Ein-  
druck, den die bei dem Streik des vorigen Jahres zu Tage getretenen  
Wilder auf die Gemüter übten, haben die Regierung und die  
Majoritätsparteien sich infolgedessen gefolgt, daß sie verprachen, etwas  
zur Beseitigung der bestehenden Mängel beizutragen.

Die Mehrheit der Kommission ist nun zu dem Schluß gekommen,  
daß sie empfehle, die Schutzbestimmungen der §§ 135 bis 139b der  
Gewerbe-Ordnung (Verbot der Kinderarbeit, Maximal-Arbeitszeit  
von zehn Stunden für jugendliche Arbeiter und Elftunden-Arbeitszeit  
für weibliche Arbeiter u. s. w.) auf die Werkstätten der Konfektions-  
industrie auszudehnen, ferner daß das Mitnehmen von Arbeit in die  
Wohnung eingeschränkt wird.

Es wird ferner empfohlen, daß das Arbeitsverhältnis  
mehr geregelt wird, indem bei Stickerarbeit entweder durch  
Lohnartikel, Lohnbücher oder Lohnzettel der Arbeiter vor  
Beginn der Arbeit über den Lohn, der für das Stück gezahlt  
wird, Kenntnis erhält. Ebenfalls war die Mehrheit der Kommission  
der Ansicht, daß die Arbeiter gegen Krankheit, Invalidität und  
Alter versichert sein müssen, daß die Versicherungspflicht auch auf  
die Hausarbeiter ausgedehnt werden muß und die Konfessionäre zur  
Zahlung der Beiträge herangezogen werden, welche die Unternehmer  
zu entrichten haben.

Zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter bieten die §§ 120a  
bis 120c der Gewerbe-Ordnung den Behörden mancherlei Gelegen-  
heit. Wenn die Behörden bei der Verhältnisse von ihren Befugnissen  
wenig Gebrauch gemacht haben, dann ist dieses zum Teil darin  
begründet, daß die sachverständigen Beamten, die Gewerbe-  
Inspektoren, so wenig in die Werkstätten hineingekommen sind.  
Werden die §§ 135 bis 139b der Gewerbe-Ordnung auf die  
Werkstätten der Konfektionsindustrie angewendet, dann sind  
die Gewerbe-Inspektoren angewiesen, diese Werkstätten  
zu besuchen, sie können dann die nötigen Anregungen zur Be-  
seitigung der Mängel geben.

Andere Mängel wie z. B., daß die Arbeiterkammern gleichzeitig  
als Wohn-, Schlaf- und Kochräume benutzt werden, sind Mängel,  
welche allgemein mit der Hausarbeit verknüpft sind, die aber  
am wirksamsten durch Wohnungsgesetze bekämpft werden können.  
Die Uebertragung ansteckender Krankheiten durch Kleidungsstücke,  
die in Räumen angefertigt sind, in denen Kranke liegen, kommt  
nicht nur durch in der Konfektionsindustrie, sondern auch durch von  
Handwerkern angefertigte Kleider vor. Soll hierfür ein Schutz  
geschaffen werden, dann muß dieses durch ein Seuchengesetz ge-  
schehen.

Die Frage, ob durch gewisse Arbeitsmethoden, wie die An-  
wendung des Kohlenbügels, die Gesundheit der Arbeiter ge-  
fährdet wird, wurde allgemein bejaht. Ebenfalls war die Mehrheit  
der Kommission der Ansicht, daß die regelmäßige Beschäftigung mit  
Maschinenarbeiten für jugendliche weibliche Arbeiter mit besonderer  
Gefahr für die Gesundheit der Arbeiterinnen verknüpft ist.

Die allgemeinen Grundsätze, welche die Kommission aufgestellt,  
sollen in einem Bericht zum Ausdruck gebracht und dem Reichs-  
kanzler übermittelt werden. Bis diese Grundsätze sich zu einem Ge-  
setzesentwurf verdichten, wird es noch geraume Zeit dauern. Denn  
mit der Schnelligkeit, mit welcher Strafgesetze oder Befehle, in  
welchen Gebieten für Militärzwecke gefordert, ausgearbeitet werden,  
funktioniert die Gesetzgebungsmechanik nicht, wenn der Arbeit-  
schutz Gegenstand der Gesetzgebungsarbeit ist. —

Zur Abänderung der Sädereiverordnung  
soll, wie wir aus wohlinformierten Kreisen erfahren, im preussischen  
Staatsministerium keine Reizung vorhanden sein. —

Gegen die vorzeitige Pensionierung der  
Offiziere, die in dem Prozesse gegen Genossen Theis, den ver-  
antwortlichen Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Ztg.“  
eine Rolle spielte, wenden sich nun auch mit Entschiedenheit in be-  
achtenswerthen Ausführungen die „Hamburger Nachrichten“. Sie  
schreiben:

Die Pensionierung der Offiziere erfolgt jetzt so rasch, daß das  
gesetzliche Maximum der Pension ihrer Charge zu erlangen für sie  
zur völligen Jählon wird, und nur die allerersten Ausnahmen  
dabei vorkommen. Die durchschnittliche Pensionierung der Haupt-  
leute erfolgt nach dem jetzigen in der Budgetkommission gemachten  
Angaben im Alter von 41 Jahren, die der Stabsoffiziere mit  
48 Jahren, die den Regimentskommandeure mit 51 1/2 Jahren, die  
der Brigadekommandeure mit 55, die der Divisionskommandeure mit  
58 und die der Korpskommandeure mit 60 Jahren. In derjenigen  
Armee, die am meisten besteht, ist, was in jeder möglichen  
militärischen Richtung den Rang abzulassen, der französischen,  
betragen die gesetzlich normierten Altersgrenzen nach ihrer länglich  
vorgezeichneten Fortsetzung für den französischen Divisionsgeneral,  
auch wenn er Kommandeur der General ist, 64 Jahre, für den  
Brigadegeneral 61 Jahre, für den Obersten 58 Jahre, für den  
Oberlieutenant 57 Jahre, für den Major 55 Jahre, für den  
Hauptmann 52 Jahre. Auch die Offizierkorps der übrigen  
Armeen sind zum großen Teil beträchtlich älter als das  
deutsche. Bei der russischen Armee geht dies schon aus dem Um-  
stande hervor, daß ein Lebensalter von 50 Jahren, allerdings  
als Maximalgrenze, bei der Beförderung vom Kapitän zum Ober-  
lieutenant, d. h. zum Stabsoffizier, vorgeschrieben ist. Die russische  
Armee zählt unter ihren Generalen eine beträchtliche Anzahl junger  
Persönlichkeiten, allein in allen übrigen Chargen ist ihr Offizier-  
korps älter als das deutsche. Die Pensionierungen sind im Ver-  
hältnis weit weniger zahlreich als im deutschen Heere und  
treten wohl auch aus ökonomischen und humanen Rück-  
sichten weniger rasch ein. In der italienischen Armee sind  
die gesetzlichen Bestimmungen für die Pensionierung da-  
durch charakterisiert, daß eine Verletzung in den Ruhestand  
mit Pension erst beantragt werden kann bei den Generalen und  
Stabsoffizieren nach 30jähriger, bei den Subalternoffizieren nach  
25jähriger Dienstzeit. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die betreffenden  
Chargen verpflichtet, von körperlicher Dienstunfähigkeit abgesehen,  
im Dienst zu bleiben, wenn sie bei ihrem Ausscheiden Pension  
beziehen wollen, während im deutschen Heere jedem Pensionen-  
geluch vor diesem Zeitpunkt, bei dem der Nachweis  
der körperlichen Dienstunfähigkeit bekanntlich die reine Form  
ist, mit ganz verschwindenden Ausnahmen ohne weiteres  
Folge gegeben wird. Um jenes Recht geltend zu machen,  
muß überdies im italienischen Heere das folgende Lebensalter bei  
den einzelnen Chargen erreicht sein: bei den Armeegeneralen und  
General-Lieutenants 60 Jahre, den Generalmajors 55 Jahre, den  
Stabsoffizieren 52, den Subalternoffizieren 45 Jahre. Sowohl im  
französischen wie im italienischen Heere ist also das Offizierkorps durch  
gesetzliche Bestimmungen und im russischen durch den überlieferten Ge-  
brauch vor zu frühzeitiger Pensionierung geschützt. Dieser Schutz aber  
ist es, vor dem deutschen Offizierkorps gänzlich fehlt und auf dessen  
Nothwendigkeit die Verhältnisse immer gebieterischer hinweisen.  
Die heutige materielle Lage des Offizierstandes nach der Ver-  
abschiedung drängt immer gebieterischer auf die Einführung ge-  
setzlich normierter Altersgrenzen und auf das kommissarische Ver-  
fahren bei Verabschiedungen und Beförderungen im Frieden hin.

Mit den heute beliebten vorzeitigen Pensionierungen muß un-  
bedingt gebrochen und unser Offizierkorps in der Zuneigung seines  
Lebensberufes wenigstens annähernd so gestellt werden wie das der  
übrigen Mächte. —

Der- und wehmüthig tritt der Bund der Land-  
wirthe die seinem offiziellen Organe von der „Berl. Corr.“ applizierte  
Ohrfeige. Die „Deutsche Tages-Zeitung“ giebt zu, daß der Artikel  
der wirtschaftspolitischen Blätter durchaus unwahr sei. —

Die Versammlung Delegirter von fast allen  
preussischen Handelsplätzen hat gestern und heute hier zusammen,  
um über die durch die neue Gesetzgebung und deren Ausführung  
für den Getreide- und Produkten-Handel geschaffene Lage zu be-  
rathen.

Es wurde nach eingehender Diskussion über die wichtigsten  
Punkte mit an einstimmiger grenzender Majorität resp. mit Ein-  
stimmigkeit beschlossen:

1. die Gründung einer Organisation für den deutschen Getreide-  
und Produkten-Handel mit dem Sitz in Berlin.
2. seitens der beteiligten Vereinigungen keinerlei Preis-  
ermittlungen zu veranstalten und weder direkt noch indirekt  
zu veröffentlichen.

Anlässlich des Zeugniszwangs-Verfahrens  
gegen die „Frankfurter Zeitung“ erinnert die „Nationalzeitung“ an  
die folgende, am 21. Mai 1895 im „Reichs-Anzeiger“ publicirte  
Verfügung von fünf Ministern (des Handels, der Finanzen, des  
Kultus, des Innern und der Justiz) an sämtliche Regierungs-  
präsidenten:

Anlässlich eines Einzelfalles, in welchem der Untersuchungs-  
kommissar in dem Disziplinarverfahren gegen einen Bürgermeister

das Amtsgericht ersucht hatte, gegen einen von dem Untersuchungs-  
kommissar geladenen, aber ausgebliebenen Zeugen eine Ordnungs-  
strafe eventuell eine Haftstrafe festzusetzen, sind in einem Be-  
schluß des Oberlandesgerichts in Ramburg vom 17. November  
1894 folgende Grundsätze ausgesprochen worden:

Gegenüber dem Untersuchungskommissar in Disziplinar-  
sachen besteht ein Zeugniszwang. Da dieser Gegenstand durch das Gesetz  
betreffend die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten, vom  
21. Juli 1892 nicht erschöpfend geregelt ist, so sind die Vorschriften  
dieses Gesetzes durch die für das ordentliche gerichtliche Verfahren  
jeweilig geltenden Vorschriften, mithin durch die Bestimmungen der  
Reichs-Strafprozessordnung zu ergänzen. Der Untersuchungs-  
kommissar hat demgemäß die in der Strafprozessordnung gegebenen  
Strafbestimmungen selbst zu handhaben. Durch Vermittelung des  
Amtsgerichts dagegen ist eine solche Straffestsetzung nicht  
zu erreichen, soweit eine solche Vermittelung nicht für beson-  
dere Fälle, z. B. in dem Gesetz über das Passwesen, ausdrücklich  
vorgesehen ist.

Euer Hochwohlgebornen ersuche ich ergebenst, zu veranlassen,  
daß vorstehende Rechtsgrundsätze bei dem Verfahren der  
Untersuchungskommissare in Disziplinarsachen, betreffend nicht-  
richterliche Beamte, Beachtung finden.

Das preussische Staatsministerium nimmt in diesem Erlasse ent-  
gegen der Meinung hervorragender Juristen an, daß in Disziplinar-  
sachen ein Zeugniszwang zu Recht besteht. —

Gegen die „Hamburger Nachrichten“ hat die  
Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ die Denunziation wegen Landes-  
verraths unterlassen. Wozu dann die Drohung? —

Rösa, 11. Januar. (Voss. Ztg.) Aus Anlaß einer den Fall  
Bräsewich gezielten Rede während einer Sitzung der Kölner  
Karnevalsgesellschaft verbot der Gouverneur den sämtlichen Offi-  
zieren den Besuch der beiden großen Gesellschaften. Das Verbot ist  
schon deshalb von weittragender Bedeutung für den Karneval, weil  
zur Bemannung sämtlicher Wagengruppen bei dem Rosenmontags-  
zuge die Militärspitze bereitwillig zur Verfügung gestellt wurden. —

Kreuzburg (Ober-Schlesien), 11. Januar. Bei der heutigen  
Landtags-Verhandlung im Wahlkreise Kreuzburg (Ober-  
Schlesien) Rosenburg wurde der hiesige Rechtsanwalt und Notar  
Milde (B.) zum Abgeordneten gewählt. —

Der klagende Mohr will Berufung gegen die Urtheile  
einlegen, wo das Strafmaß ihm zu niedrig erscheint. Erscheint  
Herr Mohr die Einschätzung seines Ehrverlustes mit — drei Mark  
zu niedrig?

Die „Rhein.-Westf. Ztg.“, das führende nationalliberale Blatt  
des Westens, schreibt:

Nachdem nunmehr langsam Einzelheiten aus dem Vorleben  
Mohrs bekannt werden, welche er dem amtlichen „Handbuche  
der Abgeordneten“ nicht übergeben hat, da er eben vor im  
Interesse des moralischen Ansehens der Partei nunmehr die  
Forderung, daß ein Mann, der zweimal das Gefängnis gesehen,  
aus der Liste der parlamentarischen Führer der Partei gestrichen  
werde. —

Weininger, 10. Januar. (Zig. Ber.) Dem Landtage ist  
der Gesetzentwurf betr. die Neugestaltung der Ge-  
meinde-Ordnung zugegangen. Sind durch denselben auch einige  
Verbesserungen gegenüber dem jetzigen Zustande ins Auge gefaßt, so  
werden dieselben doch reichlich durch die neu aufgenommene Be-  
stimmung der an die Höhe des Einkommens sich knüpfenden Mehr-  
Stimmabgabe wieder aufgewogen. Bis jetzt knüpfte in den Städten  
das Wahlrecht zur Gemeindevertretung sich an die Bedingung der  
erfolgten Bürgerrechtsvererbung. Eine Karenzzeit bez. des Aufent-  
haltes im Herzogthum oder in der betr. Stadt existirte nicht, sondern  
es konnte vielmehr jeder, der heute in einer weiningerischen Stadt  
sich niederließ, andern Tags sowohl das aktive wie passive Wahl-  
recht zu den Gemeindevertretungen erwerben. Auf den Dörfern existirt  
allerdings schon heute das nach dem Einkommen sich richtende Mehr-  
Stimmensystem. Eine einzige Person giebt dort heute oft bis zu  
100 Stimmen ab. Dieser Ungehörlichkeit beugt der Gesetzentwurf  
dadurch vor, daß niemand mehr als 20 Stimmen abgeben kann.  
Im übrigen enthält der Gesetzentwurf folgende haupt-  
sächlichste Bestimmungen: Das Gemeinde-Bürgerrecht ist nicht  
mehr an Aufnahme und Gebührenentrichtung gebunden, sondern  
es steht dem im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte  
befindlichen 25-jährigen männlichen deutschen Einwohner einer Ge-  
meinde gesetzlich zu, wenn er im Gemeindebezirk als Besitzer  
oder Mitbesitzer eines Wohnhauses, als selbständiger Gewerbe-  
oder Landwirthschaftstreibender oder als Rechtsanwalt oder Arzt  
mindestens ein Jahr lang, oder sonst mit eigenem Haus-  
stande drei Jahre lang seinen Wohnsitz hat, sowie  
auch definitive Anstellung im Reichs-, Post-, Staats-,  
Gemeinde-, Schul- oder Kirchendienst. Dieses Recht soll  
unter gewissen Bedingungen ruhen (u. a. wegen Nichtzahlung von  
Gemeindeabgaben) und durch Verlaß der betreffenden Voraus-  
setzungen in Wegfall kommen. Stimmrecht in der Gemeinde sollen  
auch mit Grundbesitz angeordnete Frauen, Minder-  
jährige, Auswärtige und juristische Personen haben, wenn sie  
seit länger als 1 Jahr über 16 M. Steuern zahlen. Das sogenannte  
Steuerstimmrecht wird für alle Gemeinden in der Weise geregelt,  
daß bei einem Steuerbetrag von 15—30 M. 2, von 30—50 M. 3, von  
50—75 M. 4, von 75—100 M. 5 Stimmen, für je weitere 100 M.  
je 1 Stimme, aber höchstens 20 Stimmen gewährt werden. Bei der  
jetzigen Zusammensetzung des Weininger Landtags ist an einer An-  
nahme des Gesetzentwurfs gar nicht zu zweifeln. Kein Mensch  
dürfte aber von der als liberal verschrienen Weininger Regierung  
ein solch reaktionäres Gesetz erwartet haben. Die Parteigenossen des  
Landes werden sofort Stellung hierzu nehmen. —

Disziplinar-Kammer für die Schutzgebiete.  
Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Berlin telegraphirt: Der Kaiser  
hat gemäß der Verordnung vom 9. August 1893 die Mitglieder der  
Disziplinar-Kammer und des Disziplinarhofes für die Schutzgebiete  
ernannt. Zum Vorsitzenden des Disziplinarhofes ist der Präsident  
des Kammergerichts, Wirkl. Geh. Rath Drehtmann, ernannt  
worden. —

Disziplinaruntersuchung gegen den Kolo-  
nialhelden Dr. Peters. Nach den „Leipz. N. Nachr.“ ist  
das gegen Dr. Peters eingeleitete Verfahren soweit gediehen, daß  
der Bericht über die disziplinarische Voruntersuchung in diesen Tagen  
an den Reichskanzler gelangen wird. Voraussichtlich werde sich  
dieser für die Einleitung des disziplinarischen Hauptverfahrens ent-  
scheiden. Dr. Peters soll am Montag und Dienstag von neuem  
vernommen worden sein.

### Oesterreich.

Wien, 11. Januar. (Zig. Ber.) In 2 1/2 Millionen Exemplaren  
wurde heute der Wahlauszug der sozialdemokrati-  
schen Partei Oesterreichs in allen Landestheilen und  
Landessprachen verbreitet. Damit tritt die Partei offiziell  
in die Wahlbewegung. Früher wie die anderen Parteien  
wendet sie sich mit ihrem Manifest an die Gesamtheit  
der Wähler, aber nicht zu frühe, denn die Wahlen dürften  
nach den Andeutungen des Ministerpräsidenten recht bald  
stattfinden. Wir haben aus den trefflichen Ausführungen des „Zig-  
blattes“ die folgenden Absätze hervor:

Zwei Drittel der heutigen Wählerschaft waren bisher politisch  
stumm. Der volkfeindlichen Regierung, den egoistischen Parteien,  
durch die der Geldsack herrscht, hat die Sozialdemokratie die An-  
erkennung des Rechtes abgesehen. Zwar ist dieses allgemeine  
Wahlrecht nur elendes Stückwerk, und noch immer werden 3000 Groß-  
grundbesitzer-Familien mehr Einfluß haben als die 5 Mill. Wähler,  
und die Volkvertretung wird majorisiert werden durch die alten  
privilegirten Kurien. Aber immerhin: die 72 Abgeordneten der  
jüngsten Kurie werden eine wirkliche Volksvertretung sein können.  
Der nächste Kampf muß gelten dem allgemeinen, gleichen, direkten  
und geheimen Wahlrecht.

Alle die Maskeraden der bürgerlichen Parteien können nicht  
täuschen über den wahren Kampf unserer Zeit, den Kampf zwische-

der Arbeit und dem Ausbeutertum. Diesen Kampf kann aber nur erheben die Arbeiterklasse selbst. Zur Arbeiterklasse gehört die Arbeiterklasse selbst. Zur Arbeiterklasse gehört die Arbeiterklasse selbst. Zur Arbeiterklasse gehört die Arbeiterklasse selbst.

Für die Arbeiterklasse ist die Sozialdemokratie das Wort. Das Ziel der Sozialdemokratie ist der Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des arbeitenden Volkes und die Leitung der Produktion im Interesse dieser Gesamtheit.

Der Weg dazu ist, daß das Volk aus der geistigen Verkümmern, der politischen Rechtslosigkeit, der physischen Verelendung und ökonomischen Sklaverei sich erhebt, daß es fähig werde, sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen.

Die Sozialdemokratie will darum vor allem, daß der nationale Kampf Platz mache dem gemeinsamen Kampfe aller Nationen gegen ihre Ausbeuter.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden darum im Parla- mente zunächst für folgende Forderungen eintreten: Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht für Parlament, Landtag und Gemeindevertretung, Beseitigung der Kurien und Wahlkörper — Beseitigung des Herrenhauses.

Freiheit der Meinungsäußerung in Schrift und Rede; unbedingte Pressefreiheit, Beseitigung des objektiven Verfaßens und des Zeitungstempels, Freigebung der Kolportage, Aufhebung aller Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsdrehtes.

Beseitigung aller Ausnahmegerichte; gründliche Reform des Heimatsrechts und Aufhebung der Vagabunden- und Schutzgesetze.

Unentgeltlicher, obligatorischer und konfessionsloser Unterricht in den Volksschulen; Entlastung der Gemeinden von der Ver- pflichtung, die Lehrer zu besolden, und Erhebung derselben zu Angestellten des Staates; unentgeltlicher Unterricht in allen Mittel- und Hochschulen, Trennung der Kirche vom Staate.

Ausdehnung des Arbeiterbundes auf die Arbeiter aller Kategorien (Großindustrie, Bergbau, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie, Handelsgewerbe). Vor allem gesetzliche Einführung des achtstündigen Maximal-Arbeitstages und der 36 stündigen Sonntagsruhe. Verbot des Stillschleusenwesens und Verpflichtung der Unternehmer zur Beseitigung von Betriebsverhältnissen.

Gründliche und unabhängige Gewerbe- und Vergewerks-Inspektion unter Mitwirkung der Arbeiterschaft.

Reform der Arbeiterversicherung: Einführung einer Alters- versicherung für alle Lohnarbeiter und sonst ihrer Bedürftigen. Selbstverwaltung aller Kassen durch die Versicherten.

Beseitigung aller Zwangsgerichte gegen die Landarbeiter, ins- besondere der Dienstbotenordnungen.

Volle Koalitionsfreiheit für die Arbeiter aller Betriebe.

Aufhebung der indirekten Steuern und Zölle, sowie der Prämien für privilegierte Kapitalistengruppen. Progressive Einkommen-, Ver- mögens- und Erbschaftsteuern unter Freilassung eines Existenz- minimums.

Unentgeltlichkeit der Rechtspflege. Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres.

Zu den Aufgaben der nächsten Reichsraths-Periode wird auch der Ausgleich mit Ungarn gehören. Wenn es sich dabei auch zunächst um den Streit der Interessen zweier Ausbeutergruppen handelt, so hat doch in jedem Falle das arbeitende Volk die Kosten zu bezahlen. Mit aller Energie muß darum gegen die ungerechte Ueberlastung der diesseitigen Reichshälfte eingetreten werden, und die Erneuerung des Ausgleiches ist dazu auszuwirken, für das Parlament eine ernst- hafte Kontrolle der auswärtigen Politik, und insbesondere des Militärbudgets, durchzusetzen.

Wähler, und insbesondere Ihr, die Ihr bisher rechtlos waret, zeigt, daß Ihr Euer Recht zu gebrauchen wißt! Zeigt, daß Ihr Euch nicht durch die hohlen Schlagworte oft entlarvter Volks- betrüger narren läßt, schließt Euch der Partei an, die allein die Interessen des arbeitenden Volkes vertritt, der Sozialdemokratie!

Sozialdemokraten! Die Zeit der Reichsrathswahlen rückt heran, die Entscheidung darüber, in wessen Händen die Gesetzgebung in den nächsten sechs Jahren ruhen wird, steht vor der Thür. Es ist keine Zeit zu verlieren — an die Arbeit mit aller Energie und aller Kraft!

Es lebe die Sozialdemokratie!

Der Wahlausfall wird überall das größte Aufsehen machen. Führt er doch eine Sprache, die dem österreichischen Wähler bisher unbekannt war und ist er doch nicht nur von An- gehörigen einer Nation, sondern, bisher in Oesterreich auch ein unerhörter Vorgang, von Deutschen, Tschechen, Polen, Slovenen und Italienern unterzeichnet.

Telegramme melden hierher eine Anzahl Verhaftungen von Ver- brechern des Flugblattes auf Grund der famosen Pressege- setzbestimmung, durch welche das Verbot der Kolportage ausgesprochen wird. Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß durch diese kleinliche Polizeimaßregel das Interesse für den Wahlausfall nur ge- steigert wurde.

Mit aller Kraftanstrengung beginnt die österreichische Sozial- demokratie den Wahlkampf. Wie das Ergebnis ausfallen wird, läßt sich nicht ahnen. Sicher ist nur, daß keine andere Partei mit so viel Opfermuth, so viel Thatkraft in den Kampf zieht, wie die Sozial- demokratie.

### Ungarn.

Budapest, 10. Januar. Wie bestimmt verlautet, beschloß die Regierung, den bekannten Kapitän Pater Stojalowski nach Oesterreich nicht auszuliefern.

### Schweiz.

St. Gallen, 9. Januar. (Sig. Ver.) Der Kapitalismus ist in Konflikt mit der Demokratie — so läßt sich der Zu- stand bezeichnen, in dem gegenwärtig unser Kanton sich befindet und zwar in Folge der Reduktion des verfassungsmäßig festgesetzten Hypothekenzinssfußes von 5 auf 4 pCt. Der Kantonsrath (Landtag), in seiner großen Mehrheit aus Kapitalisten und deren Anwälten zusammengesetzt und so ein recht „liberal-plutokratisches Parlament, hatte zuerst den Entwurf der Regierung betreffend die Hypothekarreform abgelehnt. Nun ergriffen die Bauern, unterstützt von den Sozialisten und Demokraten, die Initiative, brachten mehr als die nöthigen Unterschriften dafür auf und erlebten die Genehmigung, daß ihr Begehren in der Volksabstimmung angenommen wurde, trotzdem die Kapitalisten und ihre Pressbandlanger Himmel und Hölle heraufbeschworen, von Landbesitzern, Sozialisten u. s. w. viel redeten und dadurch das Verlangen der Bauern zu Falle bringen wollten. Aber die Zin- sniederer hatten ihren letzten Trumpf noch nicht ausgespielt. Sie bildeten einen Bankring, der zu dem reduzierten Zinssfuß von 4 pCt. keine Kapitalien auf Hypothek hergibt, sie kündigten die Hypotheken und verwandelten die Hypothekdar- lehen in Kurrentschulden mit dem Hypothekzinsfuß als Pfand und zu höherem Zins als die 4 pCt. für Hypothekdarlehen. So umgehen sie das Gesetz, wie die Händler die Polizei, behalten ihre Wucherzinsen und demonstrieren den Bauern, deren viele durch die Aufkündigung der Hypothek vielleicht in ihrer Existenz erschüttert werden, daß noch immer sie die Herren sind und daß ihnen, den Bauern, die Sozialisten und Demokraten mit der Hypothekarreform nur geschadet haben. Die Kantonalbank (Staatsbank), deren erste Aufgabe vorchristlich die Pflege des Hypothekengeschäfts sein sollte, hat dasselbe fast planmäßig dem Privatkapital überlassen und scheint, ganz im Sinne des herrschenden und mächtigen Kapitalklingels geleitet, auch jetzt noch nicht Lust zu haben, die freche Verhöhnung des Gesetzes durch die Kapitalisten durch ihr Eingreifen zu paralysiren.

So erleben wir das Schauspiel, daß das Privatkapital sich über einen Beschluß, von der Volksmehrheit — dem Souverän — gefaßt, frech hinwegsetzt und seine Herrschaft über den Staat, über das Volk, über die ganze Demokratie pro- klamiert; die neuen Gesetze, die Anarchisten im Frack, sind an der Arbeit. Die kapitalistische Presse im Kanton St. Gallen wie in der übrigen Schweiz, allen voran die freche „Neue Zürcher Zeitung“,

verhöhnt die Bauern und ihre Bundesgenossen und vertheidigt die banditenmäßige Bankokratie. Wacker und mit einer Sprache, die wir seit Jahren in seinen Spalten nicht mehr gehört, tritt der „St. Galler Stadt-Anzeiger“ gegen das moderne Mäuerthum in die Schranken. Er sagt am Schlusse eines sehr scharfen Artikels sehr zutreffend: „Die Demokratie muß sozial sein, oder sie wird nicht sein. Die Vögte unserer Zeit müssen verjagt, die Zwingburgen unserer Tage gebrochen werden, wenn der demokratische Freistaat, von dem unsere Verfassungen sprechen, mehr sein soll, als eine leere Phrase, als ein töndendes Erz und eine klingende Schelle, als eine Lüge, als ein Schwindel.“ — So ist's recht und so wirkt das räuberische Kapital zugleich für die Sozialdemokratie.

### Frankreich.

Paris, 11. Januar. Vielfach wird gemeldet, der ehemalige Finanzminister Rouvier werde bereits in den nächsten Tagen die Leitung des Crédit Lyonnais übernehmen. — An die Spitze eines großen Bankunternehmens ist Herr Rouvier schließlich mehr am Plage als an der Spitze eines Ministeriums.

Paris, 11. Januar. Die Wiedereröffnung der Parlamente findet den 12. Januar statt. Unsere Genossen Jules Guesde und Chauvin haben bekanntlich eine Interpellation eingebracht bezüglich der Ausweisung der Genossen Bueb und Bebel. — Genosse Jaurès wird den Minister wegen der Agrarkrise interpelliren.

Brest, 10. Januar. Der Seeräuber hat über die Artilleristen, welche vom Kriegsgericht wegen ihres Konflikt mit Polizisten freigesprochen waren, strenge disziplinarische Strafen verhängt, um der Bevölkerung Genugthuung zu geben. — Am geistigen Abend überfielen abermals Artilleristen mehrere Polizisten, schlugen Fensterscheiben und verübten anderen Unthat. Es macht sich ein Wachsen der Erregung gegen das Militär bemerkbar.

Die letzte Volkszählung — vorgenommen am 29. März d. J. — hat ergeben, daß die Bevölkerung des Landes sich, wie das auch in Deutschland geschieht, in die Städte verjogen hat. Die Folge hiervon ist, daß 7 ländliche Wahlkreise, weil die Bevölkerung unter die gesetzliche Zahl gesunken ist, ein- gehen und dafür Großstädte mehr Mandate gegeben werden müssen. Was in Deutschland seit längerer Zeit von der Volkswahlrecht erfolglos gefordert wird, daß ist in Frankreich verfassungsmäßig Gesetz: nämlich daß nach jeder Volkszählung die Wahlkreise den Bevölkerungs-Veränderungen und Verschiebungen angepaßt werden. Paris mit Vororten gewinnt jetzt drei Wahlkreise. Wir wollen sehen, wie lange Berlin noch auf die Verdreifachung seiner Wahlkreise zu warten hat.

### England.

Manchester, 9. Januar. Balfour sagte in einer Rede, die er heute Abend hier hielt: Vor einem Jahre war unser Land erfüllt von Sorge infolge eines Zusammenstoßes von Beunruhigungen, besonders denjenigen in Venezuela und Südafrika; die letzteren hatten eine nahe Verbindung mit der europäischen Politik. Aber jetzt sind die Wolken meist zerstreut, während andererseits die Türkei ein Reich ohne Reformen bleibt und die Orientfrage fortbesteht. In der gegenwärtigen Lage würde es zuviel sein, wenn man sagte, der Ausblick sei vollkommen ungetrübt; aber die Ansichten sind doch klarer, als zu irgend einer Zeit in den letzten zwölf Monaten.

### Italien.

Rom, 9. Januar. (Sig. Ver.) Die letzten Tage haben wieder einige der für Italien so charakteristischen Steuerrevolten kleiner Städte aufzuweisen. In der Stadt Bagnoli im Neapolitanischen wies das Gemeindegeld, ohne daß irgendwelche erhebliche Ausgaben für öffentliche Arbeiten oder sonstige Verbesserungen gemacht worden wären, ein Defizit von 200 000 Franks auf. Die Gemeindeverwaltung, die den Ursprung des Defizits wohl kennen mochte, schrieb zur Deckung desselben eine Erhöhung der Herdsteuer und der Gemeindegeldsätze zu der Staatssteuer im Betrag von 50 pCt. aus. Diese Maßregel rief Zusammenrottungen der Bürger hervor, die zu Angriffen auf das Gemeindegeldhaus und auf das Haus des Bürgermeisters sowie zu Konflikten mit der Gendarmarie führten. Der von auswärts herbeigerufene Unterpräfekt der Provinz suchte den Tumult durch das Versprechen zu beruhigen, daß die Steuererhöhung eingeschränkt werden werde. Andere Tumulte aus Anlaß der Steuererhebung fielen in dem sizilianischen Städtchen Jato bei Palermo vor. Dort war die bisher offene Gemeinde vom Gemeindegeld aus finanziell in eine geschlossene verwandelt, d. h. ein Eingangszoll auf Lebensmittel eingeführt worden. Die Bevölkerung verlor die an den Thoren angebrachten Zollbuden durch Feuer und versuchte einen Sturm auf die Gendarmarie; doch wurde durch bewaffneten Zuzug von außen die Ruhe wieder hergestellt. Bei der Häufigkeit dieser Vorfälle ist die Technik der Revolten in den kleinen Städten Italiens sehr entwickelt. Aber diese Revolten gehen niemals aus einem gemeinsamen Plane hervor, sondern bleiben isolirt, wozu schon die Eifersucht zwischen den einzelnen Gemeinden beiträgt. — In Mailand ist die seit Wochen verhandelte städtische Steuerreform, welche an die Stelle der städtischen Eingangszölle eine direkte Vermögenssteuer setzen sollte, vorläufig gescheitert; sie wurde im Gemeindegeld mit 40 gegen 29 Stimmen abgelehnt. — Das Bestreben in den parlamentarischen und Regierungskreisen, Untersuchungen gegen hervorragende Personen, welche in Bankrott, betrügerische Bankrotte u. dergl. verwickelt sind, so viel als möglich niederzujuchlen, dauert fort. Der Präsident des römischen Provinzialraths, Abg. Titani, und der Vorsitzende der parlamentarischen Budgetkommission, Abg. Cadolini, sollten wegen ihres Auftritts am betrügerischen Bankrott der Bank für Immobilienkredit vorgeladen werden. Sie erklärten, auf ihre parlamentarischen Privilegien, die sich ihrer Vorladung entgegenstellen, verzichten zu wollen, weiterten sich aber, ihre Abgeordnetenmandate niederzulegen. Da der Verzicht auf die parlamentarischen Privilegien für den Richter ohne Niederlegung der Mandate völlig belanglos ist, so konnte die Vorladung nicht stattfinden. Man hätte nun annehmen sollen, daß der Justizminister der Kammer den Antrag, die Vorladung der betreffenden zu genehmigen, unterbreitet hätte. Aber dies ist unterlassen worden, so daß die Abg. Cadolini und Titani in dem Prozesse, in welchem sie als Angeklagte hätten fungiren sollen, nur als Zeugen haben vernommen werden können.

Rom, 11. Januar. Die Kammer dürfte nicht mehr einberufen, vielmehr Anfang Februar angesetzt werden. Die Neuwahlen sollen alsdann für den März anberaumt werden.

### Skandinavien.

Christiania, 11. Januar. Die Zeitung „Verdens Gang“ will wissen, daß demnächst im norwegischen Storting, im schwedischen Reichstage und im dänischen Folkething Beschlüsse eingebracht werden würden, dahin gehend, eine von den Mächten garantierte Neutralität für die nordischen Reiche herbeizuführen.

### Türkei.

Konflikt mit Italien. Der italienische Botschafter wurde von der Gattin des in türkischen Diensten stehenden italienischen Staatsangehörigen Marani benachrichtigt, daß dieser in Trapezunt eingeschifft werden solle, um in Balbrut internirt zu werden. Der Botschafter erklärte der Pforte sofort, daß er die Rückkehr Marani's ohne vorhergehenden ordentlichen Prozeß nicht zulassen könne, und sagte hinzu, er werde nöthigenfalls das italienische Stationschiff nach Trapezunt senden, um die sofortige Freilassung des Gefangenen zu fordern. Der Sultan ließ dem Botschafter versichern, daß der Fall ihm unbekannt, andererseits es aber nicht mehr möglich sei, den Befehl zur Abfahrt Marani's zu widerrufen, da dieselbe bereits gestern erfolgt sei. Er habe jedoch telegraphisch den Befehl erteilt, Marani in dem ersten Hafen, der angelaufen würde, an Land zu setzen und nach Konstantinopel zu bringen. Der Botschafter drang darauf, daß die Pforte eine schriftliche Bestätigung dieses Versprechens gebe, und beschloß dem

Stationschiff „Archimede“, sich für den Fall des Auslaufens bereit zu halten.

Konstantinopel, 10. Januar. („Frank. Ztg.“) Hier herrscht seit vorgestern fabelhafte Erregung anläßlich der Massakres in Trapezunt. Der italienische Stationsarzt dampfte gestern dorthin ab, und es sollen der österreichische und französische Stationsärzte gestern Abend gleiche Ordres gehabt haben. Der italienische Botschafter verhiert, es handele sich um Befreiung des italienischen, in langjährigen türkischen Diensten befaßlichen Militärarztes Marani, der wegen Verletzung des Sultans verhaftet und dessen Schicksal unbekannt sei. Andererseits wird berichtet, die von Konstantinopel fortgeschickten, von einem kaiserlichen Adjutanten begleiteten Kurden hätten in Trapezunt und Umgegend fürchterliche Christenmassakres angerichtet. Die Kurden empfingen bei ihrer Heimreise nur einen Theil ihrer Befolgung. Es wurde ihnen gesagt, für den Rest sollten sie sich selbst bezahlen machen.

Offiziell wird aus Konstantinopel hierzu gemeldet: Die auswärts verbreiteten Gerüchte über angebliche Unruhen in Trapezunt entbehren der Begründung.

### Affien.

Auf den Philippinen wollen die Spanier einige Vortheile erlangen haben. Die Aufständischen wagten es schon gar nicht mehr, sich der Hauptstadt zu nähern. In Manila sind Verstärkungen eingetroffen. Sieben weitere Aufständische wurden zum Tode verurtheilt.

### Afrika.

Kapstadt, 9. Januar. („Times.“) In ganz Natal besteht Erregung gegen die Landung indischer Arbeiter. Die Einwohner von Durban rüsten sich, die Landung solcher aus zwei auf der dortigen Röhde liegenden Schiffen zu verhindern und wachen die ganze Nacht hierüber; heute zerstreuten sie sich zum Theil, als verlautete, die Regierung habe Maßnahmen getroffen, um die Schiffe nach der Delagoa-Bai zu senden.

### Amerika.

New-York, 1. Jan. (Sig. Ver.) Im Westen tracht's ganz bedenklich! In Chicago hatte zuerst eine der bedeutendsten Banken fallirt, und die Folge war der Zusammenbruch einer weiteren Anzahl Banken und sonstiger Unternehmungen sowohl in Chicago, als auch in mehreren anderen westlichen Städten. Das Verzeichniß der in direktem Zusammenhang mit jenem Bankcrash fallirten Geschäfte ist in den letzten Tagen stets größer geworden, und es sieht beinahe aus, als ob eine allgemeine Panik im Anzuge wäre.

Der Staat Texas ist dem Beispiel von Mississippi und North-Carolina gefolgt und hat ein neues Wahlgesetz geschaffen, welches einen großen Theil der arbeitenden Klasse des Wahlrechts beraubt. Das Gesetz ist, wie in den beiden anderen Staaten, gegen die Regierung gerichtet; da aber die Bundeskonstitution verbietet, einen Unterschied in den Klassen zu machen, so half man sich in der Weise, daß die Wahlberechtigung an eine gewisse „Bildungsqualifikation“ sowie Zahlung einer direkten Steuer geknüpft wurde. Bei dem miserablen Schulwesen in den „Bauernstaaten“ ist aber nicht nur die farbige, sondern auch die weiße Arbeiterbevölkerung in jener Hinsicht sehr elend.

Kubanisches. Keine der beiden Parteien scheint augenblicklich recht zu wissen, was sie thun soll. Infolge dessen entstehen die verschiedenartigsten Gerüchte. Nach Madrider Blättermeldungen hätte Maximo Gomez jede Hoffnung auf Fortsetzung des Aufstandes aufgegeben. Die Insurgenten seien demoralisirt, ex Gomez wolle sich unterwerfen. Eine New-Yorker Depesche vom 11. Januar dagegen lautet: Das Mitglied des Repräsentantenhaus-Komittees für auswärtige Angelegenheiten Money, welcher aus Kuba zurückgekehrt ist, spricht in einem Schreiben an das „Journal“ die Meinung aus, Spanien sei nicht in der Lage, den Aufstand zu unterdrücken. Dies sei auch die Ansicht des amerikanischen Konsuls in Havana, Lee, welche er auf Ersuchen Lees dem Staatssekretär Olney mitgetheilt habe.

### Die Hafenarbeiter-Bewegung.

Aus Hamburg wird uns unterm 11. Januar mitgetheilt: Am Sonnabend herrschte bei heftigem Ostwind ein starkes Schneetreiben in Hamburg. Die Folge davon war, daß die importirten Schanerleute im Hamburger Hafen fast ohne Ausnahme nicht arbeiteten. Zwei Mitarbeiter des „Hamb. Echo's“, die den Hafen am Sonnabend auf einem kleinen Dampfer durchfahren, zählten fünf Gänge, die in Thätigkeit waren, jedoch wurde selbst an diesen Gängen gar nichts geschafft. Die alten Hamburger Hafenarbeiter haben sich selbst durch noch viel schlechteres Wetter in ihrer Arbeit nicht stören lassen. Eine große Anzahl Insportirter forderte am Freitag von den Stauern die Gratifikation von wollebenen Hemden. Als die Stauer die Forderung ablehnten, reisten die Leute von Hamburg fort. Außerdem legten 40 Hannoveraner am Sonnabend Morgen und 150 am Petersejanai Beschäftigter am Sonnabend Abend die Arbeit nieder und reisten in die Heimath. Dieselben sind heute Morgen hier nicht wieder eingetroffen, trotzdem sie es den Stauern theilweise versprochen hatten.

Der Hafen, der am Sonnabend noch ziemlich eisfrei war, weil die Elbe oberhalb Hamburgs gefroren war, ist inzwischen nahezu ganz mit Treibeis bedeckt, wodurch der Verkehr im Hafen, da lächtige gekratete Ewerfahrer nicht in Arbeit sind, fast unmöglich gemacht ist. Nur einige Schlepper hupfren Schuten durch den Hafen, die gegen alle gesetzliche Vorschriften nicht mit einem Führer besetzt sind.

Für morgen ist die Unterstükung gesichert. In einer Versammlung der Schanerleute, der Herr v. Egidy bewohnte, wurde dieser von dem Kaufmann Maranes zur Vermittlung aufgefordert. Herr v. Egidy erklärte sich dazu bereit.

Das Central-Streikkomitee der Hamburger Hafenarbeiter quittirt hierdurch über den Empfang von 50 M., die als 8. Rate von den Gewerkschaften Jena's eingesandt worden sind.

Aus Sant-Wilhelmshafen sind von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen bis jetzt insgesamt 4080 M. nach Hamburg abgegangen.

Tom Mann hat nicht, wie das Herold'sche Bureau mittheilte, das Secretariat der englischen Dockergewerkschaft niedergelegt, sondern das Amt des Schriftführers der politischen „Unabhängigen Arbeiterpartei“. Er that dies, um sich der Gewerkschaftsbewegung ganz widmen zu können.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen für die streikenden Hamburger Hafenarbeiter folgende Beiträge ein:

- Wasserschiff aus Rönne auf einen 5.00. Klempner aus Rönne 2.00.
- St. 4781. Pianofabrik Schiller 15.00. Personal der Militär-Gewerkschaft 2.00.
- St. 4782. Tischlerei Sander u. 2.00. Tischlerei Fischer u. 2.00.
- Druckerei Bredow, Schönhauser Allee, 2.00. St. 4783. Gefangenen-Unterstützung 10.00.
- Klempner von M. Grund 2.00. St. 4784. Chemisches Instrumenten-Verlag 2.00.
- St. 4785. Sauer 4.00. St. 4786. Tischfabrik Jandt, Brunnenstraße, 4.00.
- St. 4787. Schuchardt, Telegraphenbauanstalt, Rungestraße, 2.00.
- St. 4788. Tischlerei Neumann, Wollweberstraße, 4.00.
- St. 4789. H. B. d. 9. 2.10. Delm-Wilms 1.00.
- St. 4790. St. 4791. St. 4792. St. 4793. St. 4794. St. 4795. St. 4796. St. 4797. St. 4798. St. 4799. St. 4800.



Abgeordnetenhause.

15. Sitzung vom 11. Januar 1897, 11 Uhr. Am Ministertische: Dr. Miquel, Dr. Vosse.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Lehrerbefordrungsgesetzes ein.

§ 1 setzt fest, das das Dienstverdienst der an öffentlichen Volksschulen fest angestellten Lehrer und Lehrerinnen aus 1. einem festen Grundgehalt, 2. Alterszulagen, 3. freier Dienstwohnung oder entsprechender Miethschädigung besteht.

Derjenige gelangt debattelos zur Annahme. In § 2 wird bestimmt, das das Grundgehalt für Lehrer auf „nicht weniger als 900 M.“, für Lehrerinnen „nicht weniger als 700 M.“ betragen darf.

Abg. Seyffardt-Magdeburg (natl.) beantragt, das Grundgehalt für Lehrer auf 1000 M., für Lehrerinnen auf 800 M. zu erhöhen, und führt zur Begründung dieser Anträge aus: In dem Schulgesetz des Jahres 1873 sei die von ihm beantragte Gehaltsgrenze enthalten gewesen. Damals hätte sich der Staat in ungünstiger Finanzlage befunden.

Abg. Dr. Dietrich (Z.) hätte am liebsten eine Erhöhung des Grundgehalts und der Alterszulagen durchgesetzt gesehen, beides sei aber leider nicht zu erreichen gewesen. Als praktische Politiker, die etwas zu Stande bringen wollten, müßten seine Freunde sich beim Grundgehalt auf 900 M. beschränken.

Abg. v. Knapp (natl.) tritt für den Antrag Seyffardt ein. Abg. Andree (fr. Vp.) befürchtet, das der Antrag Seyffardt, so sympathisch er demselben gegenüberstehe, das Gesetz in ernstliche Gefahr bringen würde. Man dürfe aber die Hoffnungen der Lehrer nicht zum zweiten Mal zu nichte machen. Das Gesetz müsse mit möglichst großer Majorität hier zu Stande gebracht werden, damit es bessere Aussicht auf Annahme in dem anderen Hause habe. Eine große Mehrheit sei aber nur zu erwarten, wenn man die Sätze der Vorlage unverändert lasse. Seine Freunde würden für dieselben eintreten und glaubten damit den Lehrern einen Dienst zu erweisen.

Abg. Rickert (fr. Vp.): Wer das Grundgehalt erhöht wissen wolle, dem dürfe man keineswegs den Vorwurf machen, das er das Gesetz nicht wünsche. Am liebsten sähe er das Grundgehalt auf 1200 M. mindestens erhöht; es sei aber leider keine Aussicht vorhanden, mit einem solchen Antrage durchzubringen.

Abg. v. Predebraud (L.) erklärt, seine Freunde würden für die unveränderten Sätze der Vorlage stimmen. Diese bringe den Lehrern so unfehlbar große Vorteile, das sie mit denselben wohl zufrieden sein würden.

Kultusminister Dr. Vosse: Der Antrag Seyffardt ist zweifellos von Wohlwollen für die Lehrer diktiert, von dem Wunsch, hier im Interesse derselben ganze Arbeit zu machen. Ich würde deshalb, ich könnte dem Antrage zustimmen, ich kann es aber leider nicht, im Interesse der Lehrer, im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes. Er bitte daher um Ablehnung der Anträge und um Aufrechterhaltung der Vorlage. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Herms (fr. Vp.) erklärt, seine Freunde hielten ein Mindestgrundgehalt von 1200 M. für angemessen und fühlten keine Veranlassung, von diesem Standpunkt schon jetzt abzugeben. Abg. Lattarz (Z.) würde den Lehrern gern ein höheres Grundgehalt gönnen, denn 900 Mark halte er nicht für ausreichend. Er glaube aber den Lehrern einen Dienst zu erweisen, wenn er dennoch für diesen Satz stimme, denn dadurch würden ihnen die anderen Vorteile der Vorlage gesichert.

Abg. Frhr. v. Jeditz (L.) erklärt, ein Theil seiner Freunde werde für den Antrag Seyffardt stimmen, denn sie sähen darin keineswegs eine ernste Gefährdung der Vorlage.

Abg. Dr. Vorsch (Z.) bemerkt, für ausreichend hielten seine Freunde das Grundgehalt von 900 Mark generell auch nicht, wohl aber in einzelnen Fällen, in besonders billigen Orten. Der Hinweis auf die günstigere Finanzlage treffe nicht zu, denn die Mehrkosten habe ja nicht der Staat, sondern die Gemeinden zu tragen.

Abg. Dr. Vöttinger (natl.) wünscht Auskunft darüber, ob auch denjenigen Lehrern die Alterszulagen zustehen würden, die ein höheres als das gesetzliche Grundgehalt bezögen. Ministerialdirektor Dr. Rügler erwidert, er könne diese Frage rüchhaltlos bejahen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Seyffardt wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen, eines Theiles der Freikonserwativen und der Freisinnigen, mit Ausnahme des Abg. Andree, abgelehnt, § 2 unverändert angenommen. Ebenso § 3 (Befordrung jüngerer und einstufig angestellter Lehrer).

Zu § 4 (Verbindung eines Schul- und Kirchenamts) hat die Kommission einen Zusatz angenommen, nach welchem die Feststellung des erhöhten Grundgehalts nach Benehmen mit der kirchlichen Behörde zu geschehen hat. Der Paragraf wird nach längerer Debatte in dieser Fassung angenommen.

§ 5 setzt fest, das die Alterszulagen in der Weise zu gewähren sind, das der Bezug derselben nach siebenjähriger Dienstzeit beginnt, und das wenn gleich hohe Zulagen in Zwischenräumen von je drei Jahren gezahlt werden. — Derselbe wird debattelos angenommen.

Nach § 6 (Höhe der Alterszulagen) darf die Alterszulage in keinem Falle weniger betragen als 1. für Lehrer jährlich 100 M., steigend von drei zu drei Jahren von je 100 M. (statt 80 M. in der Vorlage) bis auf jährlich 900 M.; 2. für Lehrerinnen jährlich 80 M. (statt 60 M. in der Vorlage) steigend von drei zu drei Jahren um je 80 M. bis auf jährlich 720 M.

§ 6 wird unverändert angenommen. § 7 behandelt den Anspruch auf Alterszulagen. Die Befassung soll nur bei unbedingender Dienstführung zulässig sein, und zwar mit Genehmigung der Regierung.

Abg. Rickert beantragt hier folgenden Zusatz: „Wird die Gewährung der Alterszulage verweigert, so ist dem Lehrer (der Lehrerin) über die Gründe ein schriftlicher Bescheid zu erteilen.“ Ministerialdirektor Dr. Rügler bittet, diesem Antrage nicht Folge zu geben. Für keine Beamtenkategorie bestche eine solche Vorchrift, es sei also ganz unzulässig für die Lehrer, hier ein Sonderrecht zu schaffen.

Abg. Winkler (L.) tritt gegen Abg. Dr. v. Jazdzewski für den Antrag Rickert ein.

Abg. Rickert weist darauf hin, das der Kultusminister es in der Kommission selbst für wichtig erklärt habe, wenn den Lehrern die Gründe der Befassung mitgeteilt würden, der frühere Minister v. Gähler habe das sogar für notwendig erklärt.

Nachdem Abg. Kirch namens des Zentrums und Dr. Sattler namens der Nationalliberalen erklärt, das ihre Freunde für den Antrag Rickert stimmen würden, wird letzterer gegen die Stimmen der Freikonserwativen und der Mehrheit der Freisinnigen angenommen, ebenso der dadurch geänderte § 7.

§ 8 behandelt die Alterszulagenkassen. Die Kommission hat hier eine Bestimmung gestrichen, nach der Stadtgemeinden mit eigenem Kreisverband nicht verpflichtet sein sollten, einer Alterszulagenkasse beizutreten, wenn sie es drei Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes beantragten; späterer Eintritt sollte denselben gestattet sein.

Abg. Dr. Oswald (natl.) beantragt die Wiederherstellung dieser Bestimmung in der Form, das Gemeinden, für deren Einwohner mehr als 25 Schulkinder vorhanden sind, auf ihren Antrag einer Alterszulagenkasse nicht angeschlossen werden.

Abg. Dr. Herms erklärt sich gegen die Alterszulagenkassen überhaupt. Ministerialdirektor Dr. Rügler bittet, den Antrag Oswald abzulehnen.

Abg. Oswald befürwortet seinen Antrag.

Finanzminister Dr. Miquel erachtet den Antrag Oswald für viel zu weitgehend.

Abg. Frhr. v. Jeditz befürchtet, das die angenommenen Kommissionsbeschlüsse den Widerstand der großen Städte gegen das Gesetz nur verstärken würden.

Abg. Dr. Sattler (natl.) sieht in den Kommissionsbeschlüssen eine schwere Schädigung der großen Städte und bittet in deren Interesse um Annahme des Antrages Oswald oder wenigstens um Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Graf Limburg-Sturum (kon.) erkennt an, das die großen Städte rühmendwerthes auf dem Gebiete des Schulwesens geleistet haben, das könne ihn aber noch nicht veranlassen, die Forderungen derselben hier zu bewilligen. Das die großen Städte erheblich finanziell geschädigt würden, entspreche keineswegs den Thatfachen. Was sie mehr befeuern müßten, würde reichlich aufgewogen durch die zahlreichen sonstigen Vortheile, die sie hätten. Er erinnere z. B. daran, das die Vortheile aus der Freizügigkeit lediglich den großen Städten zu gute kommen. Im Herrenhause werde das Gesetz, wie es die Kommission gestaltet habe, Widerspruch nur bei den Bürgermeistern finden. Nehme man den Antrag Oswald an, so sei dagegen zu befürchten, das es im Herrenhause zu Falle komme.

Der Antrag Oswald wird nach längerer weiterer Debatte abgelehnt, § 8 in der Kommissionsfassung angenommen. Sodann wird die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr verlag.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

In dem Besoldungsplan werden die Gehälter der ordentlichen Professoren an der Universität Berlin durchschnittlich um 500 M., an anderen Universitäten um 400—700 M. erhöht. Die außerordentlichen Professoren erhalten in Berlin durchschnittlich 250 M., an den übrigen Universitäten 200—350 M. mehr als bisher. Bei den Universitäten außer Berlin sollen die Befordrungen der Professoren unter einander übertragbar sein. Die Honorare für die Vorlesungen der Professoren stehen, insofern sie unter Anrechnung der gestundeten Honorare zu 60 pCt. für einen Professor in einem Jahre den Betrag von 2400 M. (in Berlin von 4000 M.) überschreiten, zur Hälfte in die Universitätskasse, aus welcher diese Hälfte der höheren Honorare bis zum Gesamtbetrage von 185 000 M. an die allgemeinen Staatsfonds abzuführen ist. Von den Honoraren sind die Beiträge zu den Kassenverwaltungsstellen vorweg in Abzug zu bringen. Auf die bei ihrem Inkrafttreten schon angestellten Professoren finden diese Vorschriften nur Anwendung, wenn dieselben hiernit einverstanden sind. Professoren, die sich den Bestimmungen nicht unterwerfen, bleiben von den Befordrungsverbesserungen ausgeschlossen. Dem Ausgabebonds, der den Titel „zur Veranziehung und Erhaltung ausgezeichneter Dozenten“ erhält, treten die Einnahmen der Staatskasse an eingezogenen Honoraren hinzu, bis derselbe die Höhe von 300 000 M. erreicht hat. Ueberschüssige Einnahmen der Universitätskasse an eingezogenen Honoraren diesen Betrag, so ist der Mehrbetrag zur Erhöhung des Durchschnittsfaßes der Professorenbefordrungen zu verwenden, wenn es nicht außer Zweifel sein wird, das hierfür kein Bedürfnis vorliegt. Bis zur Entscheidung hierüber ist der Mehrbetrag an Honorar bei den Universitätskassen anzusammeln und als besonderer Fonds zu verwalten.

Lokales.

Zur Beachtung! Die Vorstände derjenigen geselligen Vereine, welche im Vereinskalender unseres Blattes unter der Rubrik: „Gesang-, Turn- und gesellige Vereine“ ständige Aufnahme gefunden haben, werden hiernit ersucht, den Tag sowie das Lokal ihrer regelmäßigen Sitzungen umgehend bei uns zu erneuern. Dier von werden nicht betroffen die Bes- und Diskursklubs, sowie die Vereine, welche unter Arbeiter-Sängerbund, Bund der geselligen Arbeitervereine, Arbeiter-Raucherbund und Arbeiter-Turnerbund aufgeführt sind.

Im Staatshaushalts-Etat für 1897/98 entfallen auf Berlin und die Vororte folgende wichtigen Posten: Für den Neubau eines Geschäftsgebäudes für die Zivilabteilungen des Landgerichts I und Amtsgerichts I in der Neuen Friedrichstraße, für welche der vorjährige Etat 1 1/2 Millionen forderte, ist als zweite Rate eine halbe Million eingestellt, ebenso ist eine zweite Rate von einer Million zum Neubau des Gesängnisses in Tegel und 214 800 M. als letzte Rate für den Bau eines Amtsgerichts und Gesängnisses in Charlottenburg erforderlich. Die Universität Berlin erheischt einen Zuschuß von 2 232 298 M. gegen 2 194 600 M. im Vorjahre. Zum Neubau des ersten chemischen Instituts sind 200 000 Mark als erste Rate eingestellt. Das jetzige Institut, das in den Jahren 1865—1869 in der Georgenstraße errichtet wurde, entspricht nicht den heutigen Anforderungen, da die Chemie in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht hat und die Zahl der Chemiker mindestens um das Fünffache gestiegen ist. Der Neubau soll auf dem ehemaligen Kirchhof der Caritas in der Hannoverischen Straße errichtet werden. Das jetzige Institutgrundstück sowie das der Akademie der Wissenschaft gehörige Grundstück Dorotheenstr. 10, welches bis jetzt die Wohnung des Direktors enthielt, wird infolge dessen zum Verkauf frei und vermuthlich zur Erweiterung der Universitätsbibliothek benutzt werden. Fernere Summen erfordert das erste anatomische Institut sowie verschiedene Kliniken, z. B. die Charitéklinik für Syphilis, die mit Unterrichtsmitteln ausgestattet werden soll. Des weiteren soll ein Proseminar beim Institut für Alterthumskunde geschaffen werden. Die beabsichtigten Reparaturen im großen Palmenhause des Botanischen Gartens erfordern 8800 M. Für den Dombau, für den im ganzen 10 Millionen bewilligt sind, sind 1 600 000 M. eingestellt; mit dieser Summe belaufen sich die bisherigen Bewilligungen auf 7 400 000 M. Für die Erweiterung der Kunstmuseen durch Errichtung von Gebäuden auf der Museumsinsel werden 500 000 M. gefordert, zur ordnungsmäßigen Aufstellung und Katalogisirung der Sammlungen des Kupferstich-Kabinetts eine zweite Rate von 14 000 M. (im ganzen sind 200 000 M. ausgeworfen), für Reinigung von Bildnissen in den Museen, namentlich der pergamentischen Funde, 7000 Mark, zur Vermehrung und Unterhaltung der Sammlungen der Kunstmuseen 60 000 M. (außerdem im ordentlichen Etat 840 000 M.), die namentlich dem Museum für Vögelkunde zu gute kommen werden. Eine vorläufige Summe von 4000 M. erfordert die Uebersiedlung der bisher bei der Nationalgalerie aufbewahrten Kunstwerke aus neuerer Zeit an das Kupferstichkabinet, 3000 M. die Sicherung und Aufstellung von Ganzzeichnungen der Nationalgalerie. Von weiteren Postitionen im Kultusetat seien noch erwähnt eine dritte Rate von 15 000 M. für die Verstellung des Gesamtkatalogs der in der königlichen Bibliothek, der Universitäts-Bibliothek und anderen wissenschaftlichen Instituten vorhandenen Bücher, 171 000 M. für die bauliche Erweiterung des Elektrotechnischen Instituts an der Technischen Hochschule und eine Ergänzungsrate von 6690 M. für die Vervollständigung des Meteorologischen Instituts an der internationalen Volksforschung. Im Etat des Finanzministeriums ist ein Posten von 550 000 M. hervorzuhoben für Ankauf des Grundstücks am Zeug-

hause Nr. 2, von welchem ein Theil zu Erweiterungsbauten für das Zeughaus verwendet werden soll. Da der Eigentümer einen Theil des Grundstücks nicht abtreten will, so soll es ganz erworben werden. In dem für die Erweiterung des Zeughauses nicht erforderlichen Theil wird voraussichtlich das Geheime Zivilkabinet untergebracht werden.

Der Eisenbahnetat verlangt Posten für die Erweiterung des Güterchuppens auf dem Anhalter Bahnhof und auf dem Bahnhof Charlottenburg, sowie für die Vermehrung der Geleise auf dem Rangierbahnhof in Tempelhof.

Ueber die Ausgaben für die Polizei ist, abgesehen von den geheimen Fonds, über die der Etat nichts enthält, folgendes mitzutheilen: Der Polizeipräsident erhält außer freier Dienstwohnung 19 800 M., ein Oberregierungsrat, dem nöthigenfalls die Stellvertretung des Präsidenten obliegt, sowie 12 Regierungsräthe je 4200—6000 M.; der Oberregierungsrat erhält eine Zulage von 1800 M. 3 Abtheilungsdirigenten und 19 Polizeiräthe beziehen je 3000—4200 M., 14 Polizei-Inspektoren je 2100—3000 M. Die Ausgaben für die Subalternbeamten belaufen sich auf 945 745 M., für die Diätäre und Hilfsarbeiter auf 400 000 M., für Bureaubedürfnisse und Mieten auf dieselbe Summe, und für „Vermiethetes“ auf 410 790 M. Der Polizei-Oberst bezieht ein Gehalt von 6000 M., 19 Polizei-Hauptleute, 4 Kriminal-Inspektoren und 1 Telegraphen-Inspektor zwischen 3000—4200 M., 188 Polizei-Lieutenants und Kriminalkommissarien zwischen 2700 und 3300 M., die Subalternbeamten (15 Abtheilungs-Wachmeister, 436 Wachmeister und 5083 Schutzleute) zusammen 7 010 460 M. Die Wohnungsgeld-Zuschüsse für Beamte aller Kategorien betragen 1 658 640 M., die sonstigen Ausgaben betragen 1 300 000 M.

Die ortsanwesende Bevölkerung Berlins betrug am 2. Dezember 1895 nach dem „definitiven“ Zählungsergebnis, wie es jetzt im Berliner „Statistischen Jahrbuch“ mitgetheilt wird, 797 308 männliche, 879 998 weibliche, überhaupt 1 677 304 Personen. Das sind 37 883 männliche (5 pCt.), 60 827 weibliche (7,4 pCt.), überhaupt 98 710 Personen (5,9 pCt.) mehr als bei der Zählung von 1890. Dagegen war das Ergebnis von 1890 im ganzen um 20 pCt. höher als das von 1885. Im Vergleich zur mittleren Bevölkerungszahl betrug die jährliche Zunahme im Durchschnitt der 5 Jahre 1891—95 im ganzen nur 12,12 pCt., dagegen für 1886—90 36,61 pro Mille. Auf dieses Zurückbleiben der Bevölkerungszunahme in 1891—95 hat die erhebliche Geburtenabnahme dieses Jahresfaßes, da — im Zusammenhang damit — auch die Sterblichkeit abgenommen hat, fast gar keinen Einfluß gehabt. In 1891—95 (bzw. 1886—90) kamen auf 1000 Personen der mittleren Bevölkerung durchschnittlich im Jahre 31,53 (34,40) Geburten und 21,45 (23,64) Sterbefälle, so das der Geburtenüberschuß 10,08 (10,76) betrug; aber 115,61 (124,36) Zugänge und 113,57 (98,91) Abgänge, so das der Wanderungsüberschuß 2,04 (25,85) betrug. Der Geburtenüberschuß ist also sehr wenig, der Wanderungsüberschuß aber ganz außerordentlich zurückgegangen. Aus letzterem Umstande erklärt sich das Zurückbleiben der Bevölkerungszunahme. Von den einzelnen Stadttheilen haben übrigens die inneren meist eine Abnahme, die äußeren dagegen, namentlich der Norden und Nordosten, eine Zunahme, die stellenweise sehr bedeutend war. Die Bevölkerung der Vororte, namentlich der nördlichen, ist fast ausnahmslos, und meist sehr stark, gestiegen. Sie betrug im vorjährigen „weiteren Polizeibezirk“ 1890: 268 507, 1895: 435 056, 166 549 Personen (62,03 pCt.) mehr. Hierin dürfte ein großer Theil der auf Berlin gerichteten Zuwanderung abgefloßen sein. In Berlin sammt diesem Bezirk betrug die Bevölkerung 1890: 1 847 901, 1895: 2 112 360 Personen; das sind 265 059 Personen (14,35 pCt.) mehr, was immerhin einen ganz beträchtlichen Zuwachs bedeutet.

Die Kommission des Magistrats für die Vorbereitung zur Hundertjahrfeier des Geburtstages Wilhelm I. hat gestern unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Jelle beschlossen, der gemischten Deputation vorzuschlagen, das den Schülern der städtischen Schulen an Sonnabenden vor der Freier mitgetheilt werden solle, sie hätten sich am folgenden Sonntag in den Kirchen einzufinden. Das muß ein Irrthum des Berichterstatters sein. Niemand hat wider den Willen der Eltern z. B. den Gemeindefürsorge und Schülern zu beschließen, das sie bei irgendwelcher Gelegenheit eine Kirche besuchen sollten, und wir nehmen an, das sozialdemokratische Eltern es als ein ganz selbstverständliches Recht betrachten werden, ihre Kinder vor allem von einer Freier fernzuhalten, der sie eifrig kalten Herzens gegenüber stehen.

Zu den Feiertlichkeiten, welche die Bourgeoisie zum Andenken des Fürsten abhalten will, unter dessen Regierung sie dank dem Sozialistengesetz die Arbeiter nach Herzenslust inbedelte und ausbeutete, sei noch eines Juges erwähnt, durch den der Magistrat anscheinend auf das Unternehmertum sitzend einwirken will. Am Dienstag, den 23. März, sollen die städtischen Arbeiter bei Auszahlung des vollen Tagelohnes frei haben. Es werden sich, just wie am Sabbatage 1895, diverse Unternehmer finden, die gleichfalls aus lauter Patriotismus ihre Fabriken schließen, ohne den Arbeitern den schuldigen Lohn zu zahlen. Die langen Listen derartigen Projekt-patrioten, die wir damals im „Vorwärts“ veröffentlichten mußten, werden noch lebhaft in aller Erinnerung sein. Es sollte uns freuen, wenn das Beispiel des Magistrats bewirkt, das nach dem 23. März dieses Jahres die entsprechenden Veröffentlichungen in unserem Blatt einen kürzeren Raum einnehmen.

Eine bemerkenswerthe Sabbatshändlung hat sich der „Zeit“ zufolge abermals im christlichen Staate, in dem bekanntlich dem Volke die Religion erhalten werden soll, an auffälliger Stelle ereignet. „An dem Spielhause“, so schreibt das Blatt, „das gegenwärtig im Ronbijoupark für den Kaiser gebaut wird, wurde vorgestern, am Sonntag Nachmittag, um 1/2 Uhr noch gearbeitet. Warum mag das wohl nötig gewesen sein? Denn das es nötig gewesen ist, muß man wohl doch annehmen.“ Aus den Mittheilungen, die wir seinerzeit über die Aufsehen erregenden Sabbatshändlungen im Uniglichen Schloß, in der Gnadenkirche und in der Kirche mit der weggeworfenen Kameleinschrift brachten, ging sehr deutlich hervor, warum diese den elementaren Anforderungen der Religion ins Gesicht schlagenden Vorfälle für nötig gehalten werden.

Die jammervollen und gesundheitsgefährlichen Zustände in unseren Miethstasernen sind namentlich im Winter empfindlich sichtbar. In dieser Jahreszeit gehört es zu den Seltenheiten, das man eine Wohnung antrifft, in der die Defen annähernd ihrem Zweck entsprechen, und der Miether muß zu den verzweifeltsten und gefährlichsten Mitteln greifen, um Abhilfe zu schaffen. Durch gewaltiges Ausbrengen eines Kachelofens mit Petroleum ist am Sonntag Vormittag ein schwerer Unglücksfall herbeigeführt worden. Die Frau des an der Frankfurter Chaussee zu Friedrichsberg wohnenden Agenten Knoll hatte trotz des Verbotes ihres Mannes an oben genannten Tage den Kachelofen, der keinen Zug hatte, mit Petroleum und Stroh auszubrennen versucht. Der vollgestopfte Ofen explodirte aber, wobei die Frau gegen die Wand geschleudert wurde und einen komplizierten Schädelbruch erlitt, so das sie, noch ehe ärztliche Hilfe zur Stelle war, verstarb. Ihre fünfzehnjährige Tochter hatte bei der Explosion so schwere Brandwunden an ganzen Körper erlitten, das sie sofort nach dem städtischen Krankenhause gebracht werden mußte, wo sie hoffnungslos darniederliegt. Möge dieser Fall als Warnung dienen und zugleich die Behörden veranlassen, endlich den Hauswirth, die gewissenlos Wohnungen mit unheimlichen Defen vermieten, etwas schärfer auf die Finger zu setzen. Gränzliche Reparaturen, wozu doch in allererster Linie das Reinigen der Defen gehört, werden gegenwärtig nur selten vorgenommen. Und da ist es denn kein Wunder, wenn bei starkem Frost, Fälle wie der hier angeführte sich wiederholen. Ist es doch bei der heutigen Aufstellung der Kachelofen obneht schwer, den letzteren in zweckentsprechender Zeit in den nöthigen Wärme-

staud zu versehen. Um wie viel schlimmer macht sich dieser Mangel aber geltend, wenn durch die Nachlässigkeit der Hauswirthe die denselben zufallende Pflicht, die Defen in Stand zu halten, einfach ignoriert wird. Auch hat das Unternehmertum sowie der liebe gute Haushälter seit Jahren fleißig daran gearbeitet, den in hygienischer Beziehung sonst bevorzugten Kachelöfen in Mistkredit zu bringen. Es kommen häufig Kachelöfen vor, die nur verdienen, mit der Pickel bearbeitet und aus der Wohnung entfernt zu werden, alsdann nehmen sie wenigstens nicht den Platz in der Wohnung weg. Man zahle die Arbeiter in angemessener Weise, sorge für gutes Material und beschäftige sich etwas mehr mit sachmännlichen Fragen in den zuständigen Meisterkreisen, dann wird auch diesen Uebelstand abgeholfen werden.

**Die Angelegenheit der „Markenfälschung“.** In der Strafsache gegen Danen u. Gen. wegen Fälschung von Marken einer Kopenhagener Konsumgenossenschaft war auch der Bruder des „Sozialist“, Buchdruckereibesitzer Siebenmarck als der Beschuldigte verhaftet und seine Verhaftung von der Strafkammer bestätigt worden. Auf eine vom Rechtsanwalt Dr. Herzfeld eingeleitete weitere Beschwerde hat das Kammergericht gestern seine Haftentlassung angeordnet.

**Eine neue Vorortbahn** soll neben der Berlin-Anhalter Eisenbahn zwischen Berlin und Groß-Bichterfeld gebaut werden, um den Vorortverkehr nach Bichterfeld zu trennen von dem Fernverkehr. Die Kosten dieser neuen Bahn werden auf 5 600 000 M. im neuen Staatshaushalt-Etat berechnet, wovon für 1897/98 eine erste Rate von 1 000 000 M. in Umlauf gebracht ist. Die neue Vorortbahn soll zweigleisig sein und mit der Berlin-Drebedener Bahn in geeigneter Verbindung gebracht werden, so daß für den Vorortverkehr beider Bahnen eine neue gemeinschaftliche Vorortstation in Berlin angelegt wird, welche in den Potsdamer Bahnhof, der eines entsprechenden Umbaus bedarf, einmünden soll.

**Ueber eine „angenehme“ Polizei-Affäre** plaudert ein Mitarbeiter der „National-Zeitung“: „Bogeuungen mit der Polizei nehmen nicht immer einen erfreulichen Verlauf. Um so erheitert der wirkte ein Vorfall, der sich gestern früh in der Wohnung des Schreibers ereignete. Sahen wir da gemächlich am Kaffeetisch, als die Glocke erklang und das Dienstmädchen meldete: es sei ein Schutzmann draußen, aber er habe gesagt, „es sei etwas Gutes“. Natürlich begab ich mich zu ihm hinaus, erfuhr von ihm erneut, daß er etwas Schönes mitzuteilen habe, und erhielt auf meine Bemerkung, daß ich auch sonst durch einen solchen Besuch nicht erschüttert zu werden pflege, die weitere Aufklärung: „es geht aber Herrschaften, die ängstlich sind, wenn Sie hören, daß jemand von der Polizei da ist“. Im Zimmer, in das ich ihn lud, begann er seine Auslassung von neuem: „Es ist wirklich etwas sehr Schönes, was ich Ihnen mitzuteilen habe“, und fuhr dann fort: „Aber Ihre Damen müssen auch dabei sein“. Im Geiste durchließ ich sofort die Liste aller entfernten Verwandten und stellte mir vor, wie groß etwa die Erbschaft sein könnte, die mir von Amerika oder sonst woher plötzlich in den Schooß gefallen. Denn um etwas Geringeres, als eine große Erbschaft, konnte es sich selbstverständlich nicht handeln. Ehrenbürger-Briefe pflegt man ja auch in den Vororten — ich wohne in einem der größten derselben — in etwas feierlicherer Weise durch Deputationen zu überreichen. So lud ich ihn denn in das Zimmer, in dem die Kaffeekanne dampfte. Hier stellte er sich zunächst in Postur, knöpfte den Wintermantel auf und entnahm demselben — schon sah ich das amtliche Schriftstück mit dem Siegel des Unterstaatssekretärs — mit meinem geistigen Auge — einen Pack Papiere. „Es ist wirklich etwas sehr Schönes“, begann er wieder zu den Damen gewendet, „und morgen Mittag zwischen 12 und 2 1/2 Uhr“ — das wäre also der heutige Sonntag — ist es bei Kroll.“ Stunde und Ort ließen nunmehr eine Abnung in mir ausdünnern, daß es sich um eine Matinee handelte, und in der That unterbreitete der harte Mann des Geschehes mit dem weichen Herzen endlich Billets zur Matinee zum besten der Kriegervereine zum Preise von 4 und 6 M. Da die ganze Art und Weise des Mannes mir für mehr als 4 M. Vergnügen gemacht hatte, so überlegte ich eine seiner grauen Eintrittskarten in deutsche Reichsmünze, sagte aber hinzu, daß ich den Preis etwas hoch fände. Nun aber erwachte in ihm wieder der Stolz auf seine Mitgliedschaft zum Kriegerverein, denn ich vermutete, daß er in letzterer Eigenschaft gekommen und seine Polizei-Uniform ihm nur das Eintreten bei mir erleichtern sollte, und er sagte: „Das kann ich nun nicht finden. Denken Sie nur, wie viel Sie bezahlen müßten, wenn ohne die Krieger die Franzosen nach Berlin gekommen wären.“ Dieser Logik gegenüber war natürlich nichts einzuwenden.“ Ob der Polizist viele — sagen wir „unleibliche“ Seelen gefunden haben wird?

**Die Frage der Neugestaltung der Kriminalpolizei** wird in der nächsten Zeit von einer Kommission von Sachverständigen aus dem Ministerium des Innern, von der Staatsanwaltschaft und dem Polizeipräsidium beraten werden. Es werden nicht allzu viele sein, die sich von der Neugestaltung viel versprechen.

**Die kaiserl. Oberpostdirektion** erläßt folgende Bekanntmachung: Die bei dem Bau und bei der Unterhaltung der hiesigen Stadt-Fernsprechanlage beschäftigten Beamten sind sämtlich und die Arbeiter zum großen Theil mit Karten versehen, um auf Verlangen der Hausbesitzer oder der Inhaber von Fernsprecheinrichtungen oder sonstiger berechtigter Personen sich jederzeit über ihre Persönlichkeit ausweisen zu können. Die vor dem 1. Januar ausgegebenen Karten von gelber Farbe haben am Schlusse des alten Jahres ihre Gültigkeit verloren; an die Stelle derselben sind Karten von grüner Farbe getreten. Die betheiligten Hausbesitzer etc. werden ersucht, den diesseitigen (arznei deutsche Sprache) Beauftragten den Zutritt zu den Bodenräumen etc. künftig nur dann zu gestatten, wenn diese Beauftragten entweder selbst im Besitze einer Ausweiskarte von grüner Farbe sich befinden oder als Begleiter von Personen, die mit Karten versehen sind, erscheinen und von diesen ausdrücklich als in ihrer Begleitung befindlich bezeichnet werden.

**Herr Professor Linde**, dessen Methode zur Verflüssigung der atmosphärischen Luft so berechtigtes Aufsehen erregt, hat seinen Apparat der Gesellschaft Urania für zwei Vorträge zur Verfügung gestellt, welche Herr Dr. Spieß heute (Dienstag) und morgen im alten Institute (Zooalidenstraße) halten wird.

**Die Ausführung des Schulz-Delisch-Denkmales** für Berlin ist dem Bildhauer Hans Arnoldt übertragen worden, dessen Entwurf von der Jury mit dem zweiten Preise ausgezeichnet war. Der Bildhauer Karl Meisen in Berlin-Friedenau ging als erster Sieger (Preis 3000 M.), Bildhauer Hans Arnoldt-Berlin als zweiter Sieger (Preis 2000 M.) und Professor Gustav Eberlein als dritter (Preis 1000 M.) aus dem Wettbewerb hervor.

**Unglücksfälle auf dem Eise** waren am Sonntag in großer Anzahl zu verzeichnen. Auf einer Bahn in der Müllerstraße kam ein fünfzehnjähriges Mädchen zu Falle, und zwar so unglücklich an einem bei ihr vorbeifahrenden Schlittschuhläufer, daß das scharfe Eisen über die rechte Hand des Mädchens hinwegging und den Zeigefinger buchstäblich zermalmete. — Durch Fallen auf dem Eise zogen sich, soweit uns bekannt geworden, weitere drei Personen Bruchverletzungen zu, und zwar auf einer Eisbahn in der Schönhauser Allee ein achtzehnjähriger junger Mann, welcher nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht wurde, auf der Viktoria-Eisbahn der vierundzwanzigjährige Kaufmann J., der auf Wunsch nach der elterlichen Behandlung geschickt wurde, sowie ein vierzehnjähriger Knabe, der auf einer Eisbahn gefallen, nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte. Beim Laufen auf einer polizeilich nicht freigegebenen Stelle auf der Havel gerieth ein unbekannter Mann in ein von Fischern in das Eis gehauenes, durch Strohboische kenntlich gemachtes Loch und extrant, ehe Hilfe zur Stelle war.

**Vom Abwardt** wollen hiesige Blätter wissen, daß er nunmehr wirklich aus Amerika hierher zurückkehrte. Es ist bedauerlich, daß er seine Freunde und Wänner, die Seblayed, Schweinhagen, Tausch,

Stöcker etc. in so miserabler Verfassung wiederfindet, daß sich nicht der geringste Pump lohnen dürfte.

**Der Gastwirth Berthold**, Beuststr. 43, berichtet uns, daß in seiner Schankwirtschaft, die er unter der Firma Roher in dem Hause betreibt, nur 4—5 Maschinen und Kesselschmiede für Hamburg angeworben seien. Eine Gefälligkeit, die sein in Hamburg wohnender Schwiegervater namens Roher dem Feuerbaas Grams alle Jahre erwiesene habe. Wie weit die Zahlenangabe richtig ist, konnten wir nicht konstatieren, dagegen ist einigen Maschinen, die gestern dort im Hamburger Arbeit nachfragten, der Bescheid gegeben, später einmal wiederzukommen. Da bekanntlich auch die Maschinen sich dem Streik angeschlossen haben, so ist natürlich das wesentliche unserer Notiz nicht berichtet.

**Vom Pastor Vallastina in der Angoburgerstraße.** Eine Lokalcorrespondenz will wissen, daß die Gemeinde, die den prägeliebten Pastor bestellt hat, sich des unerhörten Vorfalls bemächtigen werde und auf Entzerrung dieses Seelsorgers dringen wolle. Was wohl auch nicht gut zu vermeiden ist.

**Auf offener Straße** tödtete sich am Sonnabend Abend 5 1/2 Uhr der 24jährige Tischler August Scobowelsky in der Nähe des Rosenthaler Thors durch einen Revolvererschuß. Was die Veranlassung zu dem Selbstmorde war, konnte nicht festgestellt werden.

**In der Brod'schen Raubmordsache** ist noch eine dritte Verhaftung erfolgt. Der Hausdiener Wolff hatte mitgeteilt, daß er und Müller einen unter dem Namen „Sattler-Wilhelm“ ihnen bekannten Menschen aufgefordert hätten, sich an der Verabreichung des Brod zu betheiligen, daß jener aber seine Mitwirkung abgelehnt habe. Nach der That wollte Wolff dem „Sattler-Wilhelm“ 30 M. gegeben haben, um sein Schweigen zu erkaufen, unter der Bedingung, daß er Berlin sofort verlasse. Die Kriminalpolizei hat festgestellt, daß „Sattler-Wilhelm“ mit dem Arbeiter August Bierholz identisch ist. Derselbe hat zugegeben, daß er 30 M. von Wolff angenommen hat, obwohl er wußte, daß dieses Geld dem Brod geraubt worden war. Das geraubte Portemonnaie ist unter einem Steinhaufen versteckt an der von Wolff angegebenen Stelle, aber ohne Inhalt, aufgefunden worden.

**Sonntag Vormittag kurz nach 11 Uhr** wurde die Feuerwehr nach der Prinzenstraße 100 gerufen. Auf dem Boden war ein Brand ausgebrochen, dessen Entstehung auf vorsätzliche Brandstiftung zurückgeführt wird. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

**Erhängt** wurde der 48 Jahre alte Arbeiter Josef Sobczinski in seiner Kellerwohnung, Müllerstr. 12a, aufgefunden. S. war dem Trunk ergeben.

**Nach achtwöchigen Leiden** ist den Folgen der Kohlenoxydgas-Vergiftung jetzt auch der Kaufmännische Erich Wenz aus der Fischerstraße erlegen. Er hatte mit dem schon vor ihm verstorbenen Burschen Gustav Pommerehne in einem Kanalisationsrohr am Humboldtthafen gearbeitet und beide waren, wie seinerzeit gemeldet, am 12. November vorigen Jahres durch in Brand gebrachtes Stroh betäubt, von der Feuerwehre aber vor dem sofortigen Tode gerettet worden.

**Unfälle im Straßenverkehr.** Sonntag Mittag wurde ein dem Trunk ergebener 48 Jahre alter Arbeiter in seiner Kellerwohnung in der Müllerstraße erhängt vorgefunden und nach dem Schanhaus gebracht. Der unzeitweilige vorliegende Selbstmord scheint schon vor mehreren Tagen ausgeführt worden zu sein, da die Leiche schon von Ratten angegriffen war. — Beim Befahren eines in der Panstraße haltenden Pferdebahnwagens fiel nachmittags ein Mann in Krämpfen hin und mußte, da er sich nicht erholtte, nach der Unfallsstation II und von dort nach der Charité gebracht werden. — Vor dem Hause Friedrichstraße 235 kam der 29jährige Arbeiter Arbeiter Franz Schmidt in der Trunkenheit zu Falle und verletzte sich so schwer am linken Fuße, daß er nach Anlegung eines Notverbandes auf der Unfallsstation I in das Krankenhaus am Urban überführt werden mußte. — In der Alvenslebenstraße verunglückte nachmittags die 52 Jahre alte Wittwe Wilhelmine Wölborg, geb. Kurrer, schwer und starb bald darauf in ihrer im Hause Nr. 17 befindlichen Wohnung infolge Lungenlähmung. — Abends fand vor dem Hause Alte Jakobstr. 61 ein Zusammenstoß zwischen einem Pferdebahnwagen und einer Drofsake statt, wobei die in dieser sitzende unerschrockene Cäcilie Kobla durch Glassplitter an der Wade erheblich verletzt wurde.

### Aus den Nachbarorten.

**In Friedrichshagen** stehen von sämtlichen dort vorhandenen Sälen die Lokale von Kraatz, Verche (Friedrichstraße) und der Kaiserhof der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung. Die Lokalkommission.

**Staatsverfallender Galgenhumor.** Hiesigen Blättern wird aus Spandau berichtet: „Große Heiterkeit rief jüngst in der Stadtverordneten-Versammlung hier ein Zwischenfall hervor, den der Führer der Sozialdemokraten in Spandau und Othabelland, Stadtverordneter Lohsemeister Schröder hervorrief. Er hatte zu einem Punkt der Tagesordnung längere Zeit gesprochen, worauf ein Stadtverordneter launig bemerkte, daß Herr Schröder wohl seinen Reichstags-Kandidaturen geholt habe. Der sozialistische Stadtverordnete, der in der That als der zukünftige Reichstags-Kandidat seiner Partei im jetzigen Wahlkreise des Pastors Schall gilt, erwiderte hierzu mit großem Selbstbewußtsein: „Meine erste Reichstags-Rede werde ich 1898 im Reichstage selbst halten.“ Stürmisches Lachen der ganzen Versammlung folgte diesen Worten.“ Das Lachen dürfte den Staatsverfallenden auch in Spandau bald genug vergehen.

### Kunst und Wissenschaft.

**Im Lessing-Theater** wird vom 25. bis 30. Januar eine französische Schauspielergesellschaft gastieren, in deren Mittelpunkt Antoine, der Begründer der freien Bühnen, stehen wird. Marcelle Joffet, eine Künstlerin von großem Ruf, wird seine Partnerin sein. In Jean Coquelin wird man bei dieser Gelegenheit zum ersten Male in Berlin einen Sprossen der berühmten Künstlerfamilie Coquelin kennen lernen. Camille Dumény, der im Pariser Vaudeville-Theater die erfolgreichsten Rollen auf die Szene geführt hat, hat sich der Gesellschaft angeschlossen. Das Unternehmen wird sich auf ein Repertoire stützen, das ausschließlich aus modernen Bühnenwerken zusammengefaßt ist.

**Der Regelvortrag in der Marienkirche** am Mittwoch, den 13. Januar, mittags 12 Uhr, wird durch Fräulein Johanna Haase aus Halle, Fräulein Marianne de Beaulieu und Herrn Dignant Paul Feuer unterhalten. Der Eintritt ist frei.

**Im Schiller-Theater** wird in der heutigen Aufführung von „Der Pörrer von Kirchfeld“ die Rolle der Anna wieder von Fräulein Anna Kleißner übernommen. Den Burlesk spielt Herr Patry, die Titelfrau Herr v. Winterstein.

**Alexanderplatz-Theater.** In Vorbereitung ist der Schwank in vier Akten von K. v. Gordon: „Der indische Cactus“. Am nächsten Sonntag nachmittags 4 Uhr geht zum ersten Male „Die Puppen-fest“, Fäulermärchen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Georg Zimmermann in Szene.

**Im Friedrich-Wilhelmshändischen Theater** wird heute und morgen Heinrich Driebmann's Drama in 5 Akten: „Das Edikt des Kaisers“ wiederholt. Ende der Woche geht: „Kein Erlös“, ein Volksschauspiel in 5 Akten mit freier Benutzung der gleichnamigen Dichtung von Fritz Reuter von Hermann Jahnke und Wilhelm Schirmer, in Szene.

**In der Deutschen Gesellschaft für volksthümliche Naturkunde** wird am Mittwoch, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im Bürgerkaule des Reichspostes Herr Ludolf Dr. Lormier einen öffentlichen Vortrag halten über „Das Aufsehen der Thierarten“, verbunden mit Demonstrationen. Am darauffolgenden Sonntag findet ein Besuch des Berliner Aquariums unter Führung des Direktors Herrn Dr. Hermes statt.

**Aus dem Gebiete der Kunst- und Kulturgeschichte** beabsichtigen die Herren Dr. A. Köppen und Dr. F. Ebdinger eine Reihe populär-wissenschaftlicher Vorträge zu halten. Mit dem ersten

dieser Vorträge, der am Sonntag in der Urania, Zooalidenstraße, zu Gehör kam, hat Herr Dr. Köppen nicht gerade in allen Stücken glücklich debütiert. Es sollten Arnolds und Böcklin's Meisterwerke in Projektionsbildern vorgeführt und durch erklärende Worte einem nicht vorgebildeten Publikum näher gebracht werden. Der große, von der Muse so holdselig begabte Künstler wirkt hauptsächlich durch die unvergleichliche Pracht seiner Farben; wer auch nur eines seiner gedankenvollen Bilder gesehen hat, vergißt nimmer die Töne, die in solcher Gluth seiner neben ihm hervorzutönen kann. Da es nicht gut möglich war, dem Projektionsbildern Leben zu geben, blieb dem Publikum der Genuß eines der wesentlichsten Vorzüge des Künstlers versagt. Aber dieser Mangel wäre vielleicht annähernd zu ersehen gewesen, wenn dem Herrn Dr. Köppen die Gabe beschieden wäre, seinen erläuternden Worten Gluth und Farbe zu geben. Leider verließ der Vortrag durchweg recht trocken; just an den Stellen aber, wo der Redner sich bemühte, ihm einigen Schwung zu leihen, wurde durch eine Anzahl höchst unglücklich gewählter Vorbilder und Gleichnisse eine Stimmung im Publikum erzielt, die in ihren erheiternden Ausbrüchen den Vortragenden zum Theil recht besremden mußte und gewiß nicht beabsichtigt war. Für die Zukunft sollten die Veranstalter der Vorträge sich vor Augen halten, daß das Publikum, auf das sie rechnen, zum Theil durchaus kritisch veranlagt ist und sich ungern mit Darbietungen begnügt, die künstlich nicht in jeder Beziehung einwandfrei sind. Ob die Herren Unternehmer diesen eigentlich selbstverständlichen Anforderungen zu entsprechen vermögen, wird vielleicht der nächste Vortrag liefern.

**Ein schweizerischer Kerztlenerverein** ist am Mittwoch im Alten von zwölf Vertreterinnen des ärztlichen Berufs gegründet worden.

### Soziale Rechtspflege.

**Den Vermerk im Arbeitszeugnis.** „Entlassen vom 1. d. M. 10 Uhr“ hat das Gewerbegericht in Halle a. S. anlässlich einer Klage gegen den Werkzeugfabrikanten Krebs, der seinen streikenden Arbeitern ein solches Zeugnis ausgestellt hatte, als unzulässig erklärt, da der Vermerk eine Kennzeichnung sei, die es dem Zeugnishaber schwer oder unmöglich mache, bei Mitgliedern des Verbandes deutscher Metall-Industrieller Arbeit zu finden.

### Gewerbe-Beifung.

**Von der Heiligkeit des Eigenthums im Militärstaate.** Beleidigendes Verhalten zwei Offizieren gegenüber wurde dem Landwirth Heinrich Duhel zur Last gelegt, welcher heute vor der IV. Strafkammer am Landgericht II stand. Das Schöffengericht hat den Angeklagten zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt, nicht etwa, weil derselbe beleidigende Worte gebraucht, sondern weil er durch die Form seines Auftretens, durch sein Verhalten die Offiziere beleidigt haben sollte und noch dazu vor versammeltem Kriegsvolke. Gegen dieses Urtheil hatte sowohl der Angeklagte wie der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Der Angeklagte gab von seinem Kenntnisse folgende Darstellung: Er wohne in Reinickendorf an der Tegeler Chaussee und besitze u. a. auch ein Stück Land am sogenannten Eichbornplan, welches nur durch einen breiten öffentlichen Weg vom Bahndamme getrennt werde. Er und seine Nachbarn hätten bei den Marschübungen des Militärs außerordentlich viel zu leiden. Bereits im Jahre 1893 habe er beim Generalkommando Beschwerde geführt und den schriftlichen Bescheid — den er zu den Akten einreichte — erhalten, daß dem Uebelstande abgeholfen werden würde. Das sei jedoch nicht geschehen, statt besser sei es schlimmer geworden und so marschire Infanterie, Kavallerie und Artillerie ungenirt über die Felder, unbekümmert darum, ob dieselben bestellt seien oder nicht. Mit dem Schaden sei das eine heisse Sache. Da müßte erst festgestellt werden, welcher Truppentheile eine Beschädigung herbeigeführt habe und das bedinge wieder, den ganzen Tag auf der Pauer zu liegen. Er und seine Nachbarn gingen den Soldaten lieber in weitem Bogen aus dem Wege. Nun habe er am 9. Juli gepflügt, da sei eine Kompanie vom 4. Garderegiment vorübergekommen mit zwei Offizieren, die statt auf dem Wege, über sein frisch gepflügtes Feld ritten. Daß man ihn als Besitzer garnicht respektirt habe und ganz dicht unter seinen Augen über sein Land geritten sei, habe ihn ärgerlich gemacht und alle sonst erlittene Unbill wacherufen. So sei er denn an die Offiziere herangetreten und habe denselben laut zugerufen: „Haben Sie denn keine Augen im Kopfe? Sie sehen doch, daß hier gepflügt ist! Machen Sie, daß Sie von meinem Acker herunter kommen!“ Der eine der Offiziere habe ihm erwidert: „Sie können sich beschweren, aber schimpfen dürfen Sie nicht!“ worauf er gesagt habe: „Ich was, beschweren! Ich verlange, daß Sie meinen Grund und Boden verlassen! Nun habe ihn der andere Offizier nach seinem Namen gefragt und da er sich geweigert habe, auf seinem Eigenthum sich feststellen zu lassen, sei er von zwei Soldaten mit aufgefanztem Bayonnet in die Mitte genommen und zum Ortschaften in Daldorf transportirt worden. Der erste Zeuge Hauptmann von der Poch deponirt, daß er an jenem Tage mit seiner Kompanie eine Uebung gemacht habe. Er sei hinter der Kolonne hergeritten, und zwar auf dem selbstgetretenen Fußwege. Da sei sein Adjutant, Lieutenant von Burgsdorf herangeprungen, um ihm eine dienstliche Meldung zu machen. Dieser sei mit seinem Pferde vielleicht zwei Schritte auf das Land gerathen, aber an einer Stelle, wo nicht gepflügt war. Da sei der Angeklagte herbeigestrungen und habe sie vor versammelter Mannschaft laut angeschrien. Er habe denselben gesagt, er solle seinen Schaden nennen, doch habe er weiter geschimpft und da habe er den Adjutanten beauftragt, den Namen des Mannes festzustellen. Auf die Frage: „Wie heißen Sie?“ habe der Angeklagte erwidert: „Wie heißen Sie denn? Ich habe Sie ja noch nicht nach Ihrem Namen gefragt!“ Bevor mit dem Adjutanten ernst gemacht worden sei, habe der Adjutant noch einmal nach dem Namen gefragt, der Mann habe aber gesagt: „Wenn Sie meinen Namen wissen wollen, denn kommen Sie mit nach Daldorf zum Ortschaften!“ Entgegen dem Herrn Hauptmann deponirt der Landwirth la Poch, Nachbar des Angeklagten und Zeuge des ganzen Vorfalles, daß die Offiziere quer über das Feld des Angeklagten geritten seien und dieser kein beleidigendes Wort gesagt habe. Auch dieser Zeuge weiß ein Lied von den Beschädigungen der Felder durch das Militär zu singen. Ueber sein Feld sei jüngst eine ganze Batterie Artillerie gefahren und habe ihm dabei die Grenzsteine zerstört. Der Gerichtshof stellte sich ganz auf den Standpunkt des Staatsanwalts und erkannte auf Befähigung des ersten Urtheils. — Die Verhandlung dürfte von allen Gegnern des Militarismus als ausgezeichnetes Agitationsmaterial zum Besten der ländlichen Bevölkerung willkommen geheißen werden.

**Die „rechte Hand“ des Amtsvorsehers** von Rummelsburg scheint ungemein vielseitig zu sein. Der Herr Amtsvorsteher fertigt nicht nur neben seiner Amtstätigkeit für Geld allerlei Gesuche an Behörden an, sondern leistet auch Hervorragendes im Entwerfen von Kontrakten. Dafür ist ein Miethsvertrag von schlagender Beweiskraft, den die Pächterin eines Rummelsburger Lokals mit der Vermieterin der betreffenden Räumlichkeiten abschloß und der in dem Sekretariat seinen geistigen Schöpfer hat. Woblich meisterhaft ist folgende Bestimmung des Kontrakts: „Falls die Mietherin am 1. Juli 1896 die Miethung (?) nicht antritt oder aus anderen Gründen die kontraktlich übernommene Eröffnung und Fortsetzung des Gastwirthschaftsbetriebes nicht ausführt, zahlt sie eine Konventionalsstrafe von 1000 Mark an die Vermieterin, bleibt aber außerhalb für die Zahlung der Miethlast haftbar.“ Die ganze Bedeutung dieses wunderbaren Paragraphen tritt scharf hervor gegenüber der Thatsache, daß

die Pächterin der Gastwirtschaft die Konzession selbst noch nicht befaßt, sondern vorläufig als Stellvertreterin ihres Vorgängers wirtschaftete. Dieser hatte sich verpflichtet, seine Konzession so lange aufrecht zu erhalten, bis die Frau mit ihrem eigenen Konzessionsgesuche Erfolg hätte, wofür ihm 500 M. als Entschädigung zugesagt waren. Auch bei ihr hatte sich der Amtsekretär um die Aufrechterhaltung des Geschäftes bemüht und er hatte auch den Zuschlag bekommen, denn er sah ja einstens — wie er sagte — mit dem gestrigen Herrn Landrat auf einer Schulbank und konnte die Sache deshalb beschleunigen. 80 Mark waren sein Lohn. Leider verlor er die gute Frau P. mit dem Gewaltigen, indem sie offen ihm an der erwähnten und an anderen schroffen Bestimmungen des Mietvertrages die Schuld beimaß. Es hatte sie nämlich erbittert, daß er eine Bestimmung in den Kontrakt hineinbringen wollte, wonach sie das Lokal nur mit neuen Möbeln ausstatten sollte und worin verlangt wurde, daß das Inventarium mindestens 6000 M. werth sei. Die Interessen der Hauswirthin sollten bis zum Tüpfel auf dem i gemahrt werden. Der Widerspruch der Frau P. empörte den Verfasser ungemein; er erklärte sie habe ihn grob beleidigt und er werde ihr das nie vergessen. Sieben Wochen blieb ihr Konzessionsgesuch unerledigt, in der Zwischenzeit aber ließ der Sekretär den Vorpächter des Lokals zu sich kommen und bewog ihn, seine Konzession zurückzunehmen, womit natürlich auch die Vertretungskonzession fiel und der Betrieb der Gastwirtschaft durch Frau P. ein ungeleglicher geworden war. Dann kam ein anderer Schlag: Ihr Gesuch um die Konzession wurde abgewiesen unter Berufung auf eine Bestrafung ihres Namens, obwohl sie im Jahre vorher unbeanstandet in Berlin einen Restaurationsbetrieb gehabt hatte. Zu dem betreffenden Strafsache schwebt übrigens ein Wiedernahmeverfahren, das damit begründet wird, daß die Belastungszeugin aus Mache einen Meineid geleistet habe. Der Kreisaußschuß erkannte wie der Vorgesetzte des Amtsekretärs. Für die Verfolgung mußte noch eine Anzeige erhalten, von der vor dem Bezirksaußschuß in Potsdam, der höchsten Instanz in der Angelegenheit, festgestellt wurde, daß sie erstens subjektiv und objektiv Unwahrheiten enthalte und daß sie gemeinsam von dem Ortsgendarmen und dem Amtsekretär ausgearbeitet worden war und auf Angaben beruhe, die die Hauswirthin gemacht hatte. Der Bezirksaußschuß erteilte die Konzession ohne Vorbehalt. Aushalb Monate früher war, das sei zur Vervollständigung noch nachgetragen, die Gastwirtschaft wegen des Mangels einer Konzession polizeilich geschlossen worden, und zwar war die Polizei mit ganz besonderer Schnelligkeit vorgegangen. In Ruamelburg räumen sich jetzt die Bürger gegenseitig zu, daß sich die Staatsanwaltschaft mit dem Herrn Amtsekretär angelegenlich befaßt und daß sein Verbleiben im Amte doch sehr eigenthümlich sei.

### Verksamlungen.

**Der Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis** hielt am Mittwoch seine Generalversammlung ab. Dem Geschäftsbericht des Vorstandes zufolge hielt der Verein im letzten halben Jahre acht Versammlungen ab. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 517, das sind etwa 200 weniger, als dem Verein vor seinem polizeilichen Schluß angedreht. Im letzten Vierteljahr sind 41 neue Mitglieder eingetreten. Der Kassenbericht weist vom 3. Quartal vor. J. einen Bestand von 561,72 M. und eine Einnahme von 283,60 M. auf, insgesamt also 845,32 M. Demgegenüber sieht eine Ausgabe von 596,05 M., darunter 511,50 M. für Agitation, so daß ein Bestand von 249,27 M. bleibt. Bei der hierauf folgenden Neuwahl eines Theils des Vorstandes wurden folgende Mitglieder für ihre bisherigen Aemter wiedergewählt: Krämer, 1. Vorsitzender, Harndt, 1. Kassirer, König, 1. Schriftführer, Wartenberg, 1. Schriftführer. Nummer 2 beschloß sich die Versammlung mit einem vom Vorstande abgeleiteten Antrage auf Ausschluß des Mitgliedes Hoffe. Dieser ist formell und wird von seinen Berufskollegen beschuldigt, er habe sich nicht nur an der Waise nicht betheilig, sondern habe auch während des aus Anlaß der Waise ausgebrochenen Streiks gearbeitet. Nach längerer Debatte wurde jedoch mit 50 gegen 49 Stimmen der Ausschluß auf ein Jahr beschloffen.

**Der Schriftlicher Kongress** in Offenbach brachte am 7. Januar seine Verhandlungen zum Abschluß. Beantwortet wurde, den Kompletzup in gewissen Gebiete bezuzustellen. Während die Leipziger Delegirten diesen Antrag eifrig befürworteten, bekämpften ihn die übrigen Delegirten mit Ausnahme des Vertreters aus Wien. Damit fiel der Antrag, worauf folgender Beschluß gefaßt wurde:

In denjenigen Städten, wo Tarifrevisionen vorgenommen werden, ist die Kiloberechnung einzuführen. Ferner bestimmt die Versammlung, daß das Minimum nicht unter 25 M. festgesetzt werden darf. Hierauf kommt folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Der Delegirtenkongress spricht sich prinzipiell dahin aus, daß alle und jede Abzüge von den in den Tarifen festgesetzten Preisen, unter welcher Form sie immer erfolgen mögen, ungerecht sind.“ Des weiteren werden noch folgende Anträge ebenfalls einstimmig angenommen: Die effektive Arbeitszeit darf 9 Stunden nicht übersteigen. Das Arbeiten nach Feierabend darf nur in den dringendsten Fällen stattfinden und werden die ersten beiden Stunden pro Stunde mit 10 Pf., jede weitere Stunde mit 20 Pf. entschädigt. Sonntagsarbeit pro Stunde 20 Pf. Jede freiwillige Nacharbeit sowie arbeiten zu Hause, ist, wo sie noch besteht, abzuschaffen. Die aufgestellten Tarife sind, bevor sie den Prinzipalen unterbreitet werden, der Zentralkommission zur Orientierung einzubringen. Die Beschlüsse des Kongresses sind bis zum 15. März d. J. zur Durchführung zu bringen; da wo dieselben auf Schwierigkeiten stoßen, ist der Zentralkommission umgehend Mittheilung zu machen. Dieser Antrag sowie folgende Resolution werden einstimmig angenommen: Der zweite Kongress der Schriftlicher Deutschlands hat nach Sichtung der Tarife aus den einzelnen Großstädten ersehen, daß eine Möglichkeit nicht vorhanden ist, einen einheitlichen Tarif für ganz Deutschland zu schaffen. Als letzter Antrag zu den Grundbestimmungen wird der folgende angenommen: „Ein Abzug für landesgeschichtliche, sowie vom Geschäft angelegte Feiertage, darf den im gewissen Gebiete stehenden Gehältern nicht gemacht werden. Vom Geschäft angelegte Feiertage sind auch den Berechnenden und zwar mindestens zum Minimum zu bezahlen.“ — Nachdem der Kongress diese Anträge und Resolutionen angenommen, wurde in dem Resümee darauf hingewiesen, daß jedenfalls ein großer Theil der Kollegen darauf gerechnet haben wird, daß die Beschlüsse dieses Delegirtenkongresses weitergehend ausfallen würden, als geschehen. Es ist uns aber daran gelegen, die Beschlüsse, die gefaßt worden, nicht auf dem Papier stehen zu lassen, sondern auch wirklich zur Durchführung zu bringen. Nur die Rücksicht auf die Verhältnisse in Offenbach hat uns davon abgehalten, mehr durchzusetzen zu wollen, als jetzt nach den Beschlüssen beabsichtigt wird. Zeit wäre es, die neuschändliche Arbeitszeit inkl. Frühstück- und Vesperpause zu bemessen. Aber man muß die Verhältnisse nehmen wie sie sind, und nicht wie sie sein sollen, so haben wir unsere Forderungen so gestellt, daß sie auch von Offenbach respektirt werden können. Zum Schluß der Versammlung spricht der Vorsitzende Dajon-Damburg den Delegirten für ihre rein sachlichen Auseinandersetzungen, die ihm sein Amt als Vorsitzenden so leicht gemacht haben, seinen Dank aus mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, daß solche Vertreter einer Gewerkschaft in der bevorstehenden Bewegung gute Erfolge erzielen werden.

**Arbeiter-Gilbungslehre.** Dienstag Abend von 9-10½ Uhr: S. 60. 1. Schul- und Lehrbuch: 14. 2. Schul- und Lehrbuch: 14. 3. Schul- und Lehrbuch: 14. 4. Schul- und Lehrbuch: 14. 5. Schul- und Lehrbuch: 14. 6. Schul- und Lehrbuch: 14. 7. Schul- und Lehrbuch: 14. 8. Schul- und Lehrbuch: 14. 9. Schul- und Lehrbuch: 14. 10. Schul- und Lehrbuch: 14. 11. Schul- und Lehrbuch: 14. 12. Schul- und Lehrbuch: 14. 13. Schul- und Lehrbuch: 14. 14. Schul- und Lehrbuch: 14. 15. Schul- und Lehrbuch: 14. 16. Schul- und Lehrbuch: 14. 17. Schul- und Lehrbuch: 14. 18. Schul- und Lehrbuch: 14. 19. Schul- und Lehrbuch: 14. 20. Schul- und Lehrbuch: 14. 21. Schul- und Lehrbuch: 14. 22. Schul- und Lehrbuch: 14. 23. Schul- und Lehrbuch: 14. 24. Schul- und Lehrbuch: 14. 25. Schul- und Lehrbuch: 14. 26. Schul- und Lehrbuch: 14. 27. Schul- und Lehrbuch: 14. 28. Schul- und Lehrbuch: 14. 29. Schul- und Lehrbuch: 14. 30. Schul- und Lehrbuch: 14. 31. Schul- und Lehrbuch: 14. 32. Schul- und Lehrbuch: 14. 33. Schul- und Lehrbuch: 14. 34. Schul- und Lehrbuch: 14. 35. Schul- und Lehrbuch: 14. 36. Schul- und Lehrbuch: 14. 37. Schul- und Lehrbuch: 14. 38. Schul- und Lehrbuch: 14. 39. Schul- und Lehrbuch: 14. 40. Schul- und Lehrbuch: 14. 41. Schul- und Lehrbuch: 14. 42. Schul- und Lehrbuch: 14. 43. Schul- und Lehrbuch: 14. 44. Schul- und Lehrbuch: 14. 45. Schul- und Lehrbuch: 14. 46. Schul- und Lehrbuch: 14. 47. Schul- und Lehrbuch: 14. 48. Schul- und Lehrbuch: 14. 49. Schul- und Lehrbuch: 14. 50. Schul- und Lehrbuch: 14. 51. Schul- und Lehrbuch: 14. 52. Schul- und Lehrbuch: 14. 53. Schul- und Lehrbuch: 14. 54. Schul- und Lehrbuch: 14. 55. Schul- und Lehrbuch: 14. 56. Schul- und Lehrbuch: 14. 57. Schul- und Lehrbuch: 14. 58. Schul- und Lehrbuch: 14. 59. Schul- und Lehrbuch: 14. 60. Schul- und Lehrbuch: 14. 61. Schul- und Lehrbuch: 14. 62. Schul- und Lehrbuch: 14. 63. Schul- und Lehrbuch: 14. 64. Schul- und Lehrbuch: 14. 65. Schul- und Lehrbuch: 14. 66. Schul- und Lehrbuch: 14. 67. Schul- und Lehrbuch: 14. 68. Schul- und Lehrbuch: 14. 69. Schul- und Lehrbuch: 14. 70. Schul- und Lehrbuch: 14. 71. Schul- und Lehrbuch: 14. 72. Schul- und Lehrbuch: 14. 73. Schul- und Lehrbuch: 14. 74. Schul- und Lehrbuch: 14. 75. Schul- und Lehrbuch: 14. 76. Schul- und Lehrbuch: 14. 77. Schul- und Lehrbuch: 14. 78. Schul- und Lehrbuch: 14. 79. Schul- und Lehrbuch: 14. 80. Schul- und Lehrbuch: 14. 81. Schul- und Lehrbuch: 14. 82. Schul- und Lehrbuch: 14. 83. Schul- und Lehrbuch: 14. 84. Schul- und Lehrbuch: 14. 85. Schul- und Lehrbuch: 14. 86. Schul- und Lehrbuch: 14. 87. Schul- und Lehrbuch: 14. 88. Schul- und Lehrbuch: 14. 89. Schul- und Lehrbuch: 14. 90. Schul- und Lehrbuch: 14. 91. Schul- und Lehrbuch: 14. 92. Schul- und Lehrbuch: 14. 93. Schul- und Lehrbuch: 14. 94. Schul- und Lehrbuch: 14. 95. Schul- und Lehrbuch: 14. 96. Schul- und Lehrbuch: 14. 97. Schul- und Lehrbuch: 14. 98. Schul- und Lehrbuch: 14. 99. Schul- und Lehrbuch: 14. 100. Schul- und Lehrbuch: 14.

### Vermishtes.

In Hamburg ist am Sonntag der vierte Boden und der Dachstuhl des Speichers von Paazig u. Heise, auf welchem hauptsächlich künstliche Blumen lagerten, in Brand geraten. Nach anderthalb Stunden gelang es, das Feuer auf seinen Heerd zu beschränken. In Lübeck ist der Dampfer „Trave“, dessen Ausbleiben von Kiel große Besorgniß erregte, Sonntag Nachmittag 2 Uhr nach fast dreitägiger Fahrt eingetroffen. Die Bemühungen zur Ermittlung der Mörder des Kaufmanns Cohn haben der „N. N. Z.“ zufolge Erfolg gehabt. Der Monteur Karl Stabe aus Ungarn und der Schlichter Franz Jorgana aus Galizien sind als Thäter ermittelt und unter Mitwirkung eines österreichischen Polizeibeamten bei einem Bauer in Straupfa — einem Dorfe bei Bielitz-Biala — festgenommen worden. Die Mörder, bestrafte Personen, welche sich auf österreichischem und preussischem Gebiet umhertrieb, um Diebstähle auszubaldern, sind gefänglich.

Eine eigenartige „Submissionsanzeige“ enthält das „Jezus Wochenblatt“ in folgendem: „Montag, den 11. Januar d. J., nachmittags 8 Uhr, soll in Gellmerich's Gasthause hier selbst ein neugeborenes Kind für Rechnung der Armenkasse in Kost und Pflege verdingen werden. Geeignete Abnehmer werden eingeladen. Sengwarden (Oldenburg), 6. Januar 1897. Harms, Gm. Vorst.“ Es ist ein christlicher Staat, in dem solches von amtswegen möglich ist. Der Gymnasialprofessor Krob zu Willach vergiftete sich aus Furcht, daß er wahnsinnig werden würde, in einer Apotheke, indem er sich einer Flasche mit Morphium bemächtigte und dieselbe austrank. Aus Bern wird berichtet: Bei dem Brande im Dorfe Jiger sind 20 Häuser und 20 Ställe ein Raub der Flammen geworden. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen. 33 Familien sine obdachlos. Im Hafen zu Plymouth ist am Sonntag wiederum ein Soldat vom Dampfer „Nubia“ an der Cholera gestorben. Die Heberschwemmungen in Spanien dauerten gestern fort. An allen Plätzen wird ein außerordentliches Steigen des Wassers beobachtet. Die Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-Verbindungen sind an mehreren Punkten unterbrochen. Das Anwachsen des Guadalquivir ließ gestern nach. Die von Bildung und Besiz jenseits des Ozeans. Von einem in New-York bevorstehenden Sanktionsprozeß berichtet man dem „Berl. Tagbl.“: Gegen eine größere Zahl von Herren aus den ersten Gesellschaftskreisen New-Yorks schwebt ein gerichtliches Verfahren wegen Sittlichkeitsvergehens. Die Angekludigten selekten die bevorstehende Hochzeit des Vorstandsmitgliedes eines der ersten New-Yorker Klubs in dem fashionablen Restaurant von Sherry in der Fifth Avenue durch ein Banket und hatten dazu eine große Gesellschaft von Varietätängerinnen eingeladen. Die Polizei, welche unter Führung des Hauptmanns Chapman in das Lokal einbrang, konstatierte eine Orgie allererschlimmter Art. Feuer in einem amerikanischen Zirkus. In Barnum's Zirkus zu Bridgeport (Connecticut) brach Feuer aus, wobei sechs Elephanten während wurden, ausbrachen und die Strahlen durcheilten. Viele Menschen, Pferde und Wagen wurden niedergebrennt. Eine Anzahl Personen wurde schwer verletzt. Die anderen wilden Thiere vermochte man rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Aus Kairo wird berichtet: Der Gesundheitszustand in Egypten ist vorzüglich; seit September ist kein Cholerafall vorgekommen. Die Gesundheitsbehörden glauben nicht, daß über Port Said eine Einschleppung der Krankheit erfolgt sein könne. Die Pest in Bombay. Vom Sonntag wird berichtet: Die Pest breitet sich rasch aus. In Karachi kamen 52 Fälle vor, welche alle tödtlich verliefen. Seit Freitag bis jetzt wurden im ganzen 220 Erkrankungsfälle angemeldet, davon 214 mit tödtlichem Verlauf.

### Briefkasten der Redaktion.

Gottfried Schmidt. Ihr Eingekandt können wir wegen prethegesehlicher Bedenken nicht aufnehmen.

### Witterungsbericht vom 11. Januar 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm reduziert auf 0. Meeresp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (90° = 40° F.)
Schwemünde	767	OSO	4	wolfig	-11
Hamburg	762	OSO	2	bedekt	-6
Berlin	764	OSO	3	bedekt	-8
Wiesbaden	766	NO	1	bedekt	1
München	755	O	2	Nebel	-3
Wien	762	SO	3	Nebel	-2
Japananda	775	W	2	bedekt	-9
Petersburg	—	—	—	—	—
Cort	755	WNO	2	Nebel	3
Aberdeen	757	SO	4	bedekt	5
Paris	754	WNO	2	bedekt	4

Weiter-Prognose für Sonntag, 12. Januar 1897. Etwas gelinder, vorwiegend trübe mit leichten Schneefällen und mäßigen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

**Genossinnen! Achtung! Genossen!**  
des  
**II. Berliner Reichstags-Wahlkreises.**  
Donnerstag, den 14. Januar, abends 8½ Uhr,  
in der Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg:  
**Große öffentl. Volks-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Arthur Stadthagen über: Die Polizei und die Presse. 2. Diskussion.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
210/15  
Der Vertrauensperson.

**Volks-Versammlung**  
Donnerstag, den 14. Januar 1897, abends 8 Uhr,  
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:  
Tages-Ordnung:  
Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Wurm über Volksernährung und Volkseinkommen. Diskussion.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
213/4  
Der Vertrauensmann.

**Achtung! Achtung!**  
**Parteigenossinnen u. Genossen!**  
**Große Volksversammlung**  
Mittwoch, den 13. Januar, abends 8 Uhr,  
im „Berliner Prater“, Kastanien-Allee.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Georg Wagner über: Die Sozialdemokratie in der Volksschule. 2. Diskussion.  
Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, ersucht  
Die Vertrauensperson der Frauen Berlin.  
Vorläufige Anzeige: Montag, den 18.: Volksversammlung bei Keller, Kopenstr. 20. Referent: Reichstags-Abgeordneter Peus über die demokratische Wirkung des Gegenstandes von Reich und Arm.

**Weissensee!**  
**Gr. öffentl. Volks-Versammlung**  
Dienstag, den 12. Januar 1897, abends 8½ Uhr,  
im Lokale des Herrn Böttcher (Abel's Vereinshaus),  
Charlottenburgerstr. 150.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Gemeindevorsetzters Genossen Karow. 2. Diskussion.  
3. Bericht der Reporen vom Wahlomitee. 4. Verschiedenes.  
Sämmtliche Gemeindevorsetzer sind zu dieser Versammlung eingeladen. Es ist Pflicht eines jeden Genossen zu erscheinen.  
222/11  
Der Vertrauensmann.

**Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Osten).**  
Dienstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, in Keller's Festsälen, Kopenstrasse No. 29:  
**Mitglieder-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Hoffmann über: „Glaube und Bernunft“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
242/10  
Der Vorstand.

**Lithographen!**  
Mittwoch, den 13. Januar 1897, abends 8½ Uhr,  
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:  
**Große öffentl. Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: Der Streik und seine Lehren. Referent: Herr Ch. Tischendorfer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
381/1b  
Der Einberafer.

**Klempner!**  
**Gr. öffentl. Klempner-Versammlung**  
Donnerstag, den 14. Januar, abends 8 Uhr,  
in Cohn's Festsälen, Beuthstraße 21, I.  
Tages-Ordnung:  
1. Die neue Organisation der Berliner Klempnermeister und welche Stellung haben wir hierzu einzunehmen? Referent: Otto Naether. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
In anbetragt der wichtigen Tagesordnung ist es wohl selbstverständlich, daß alle Mann ohne Ausnahme erscheinen.  
114/1  
Franz Zimmermann, Vertrauensmann, Forststr. 3, Stfl.

**Achtung! Putzer! Achtung!**  
Mittwoch, den 13. Januar, abends 6 Uhr, Grenadierstraße 33:  
**Bersammlung der Bau-Deputirten der Putzer Berlins.**  
Tages-Ordnung:  
Der Ausstand auf dem Bau in der Poststraße.  
Jeder Bau muß vertreten sein.  
Der Vertrauensmann.  
**Belle-Alliance-Theater.**  
Die Volks-Vorstellungen, unter Regie von Julius Türk, werden täglich unter „Theater“ annoncirt. 230/16  
Sonntag, den 17. Januar: Griech. Schauspiel von Jenny Marba. „Gläubiger“ von Strindberg. „Die Unedlichen“ von Radetta. 111/14

**Achtung! Männer und Frauen!**  
Dienstag, den 12. Januar, abends 8½ Uhr,  
im Zimmermann'schen Lokale, Badstraße Nr. 58:  
**Gr. Volks-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: Etwas von der Polizei und der Presse. Diskussion. Referent: Reichstags-Abgeordneter H. Stadthagen.  
210/7  
Der Vertrauensmann.

**Zentralverein der Bildhauer.**  
Dienstag, den 12. Januar, abends 7½ Uhr, Annenstr. 16:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung: Vorwahl des Vorstandes.  
Das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist nothwendig. 20/18  
Die General-Versammlung findet Dienstag, 19. d. M., statt. Eintritt hierzu nur gegen Legitimation durch Mitgliedsbuch. (Nicht über 6 Wochen Rest.)  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
(Zahlstelle Berlin.)  
Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Röllig, Rosenthalerstraße 11-12:  
80/12  
**Beranden-Versammlung der Parquetbodenleger**  
Tages-Ordnung: 1. Welche Vorkorderungen stellen wir in diesem Jahre? 2. Verschiedenes.  
Der Obmann.

**Verband aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umg.**  
Donnerstag, den 14. Januar 1897, abends 8 Uhr:  
**Norden-Bezirks-Versammlung.**  
in „Abtlig' Salon“, Badstr. 19.  
Tages-Ordnung:  
1. Der Streik bei der Firma Zimmermann u. Buchloh. 2. Diskussion. 3. Berbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.  
Gäste haben Zutritt  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.

**Zur besonderen Beachtung!**  
Die Zahlstelle Nr. 39, früher Diefle jetzt Zimmerndorf, Voßringstr. 67, bleibt dort bestehen. Den im Süd-Osten wohnenden Kollegen bringen wir die Zahlstelle Hamisch früher Köppen, Reichenbergstr. 118, in Erinnerung. Gleichzeitig geben wir bekannt, daß in Köpplerhof, Bismarckstraße 54 beim Restaurateur Wendel Sonnabends abends von 7-9 Uhr Beiträge entgegengenommen und Aufnahmen vollzogen werden.  
111/14  
Der Vorstand.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Dienstag, den 12. Januar.  
Cervantes. Fra Diavolo. Slavische Brautwerbung.  
Schaufeld. Die die Alten hängen.  
Deutsch. Die verurteilte Glode.  
Berliner. Renaissance.  
Lefing. Wer war's?  
Wiken. Der Militärstaat.  
Kened. Marcella.  
Heldens. Der Frauenhänger.  
Thalia. Frau Lieutenant.  
Central. Eine wilde Sache.  
Schiller. Der Pfarrer von Kirchfeld.  
Orend. Schwereidener.  
Belle-Alliance. Adam und Eva.  
Volks. Robert und Bertram.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Das Edikt des Kaisers.  
Alexanderplatz. Sein Verhältnis. Unter den Linden. Der Schmetterling.  
Passage-Panoptikum. Traumbilder. Spezialitäten.  
Apollo. Spezialitäten.  
Parodie. Die Kreuzfahrer oder Emma von Hallsheim.

**Belle-Alliance-Theater**  
Volks-Vorstellung  
unter Regie von Julius Türk.  
Sonntag, den 17. Januar:  
1. Gastspiel von Jenny Marba (Theater der Modernen).  
Zum 1. Male: „Gläubiger.“  
Tragödie in 1 Akt von Strindberg.  
Thalia: Jenny Marba; Alfred: Rich. Jürgas; Gustav: R. Jaffé.  
Dann: „Die Hebräer.“  
Schauspiel in 3 Akten von Rosetta.  
Karl Moritz; Julius Türk; Elise: Jenny Marba; Orend: Hans Wana; Elmondi: Wilh. Ruff.  
Eintrittspreise à 60 Pf. sind in den bekannten Zahlstellen zu haben.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Dienstag, abends 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.  
Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Millionenbäuer.

**Ostend-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weich.  
3. Gastspiel von Josephine Dora von Adolph Theater.  
Zum 17. Male: „Schwereidener.“  
Poffe mit Gesang in 4 Akten von Oskar Klein. Musik von G. Steffens.  
Anfang 8 Uhr.

**Thalia-Theater.**  
(vormals Adolph Ernst-Theater).  
„Frau Lieutenant.“  
Anderer in drei Akten von Paul Feerter und Anton Mars.  
Deutsch von Hermann Dirckel.  
Musik von G. Serpette und H. Roger.  
Wortgen und folgende Tage: „Frau Lieutenant.“

**Central-Theater.**  
Alte Jakobstr. 30. Dir. Rich. Schulz.  
Dienstag, den 12. Januar 1897:  
Emil Thomas a. G.  
Zum 113. Male:  
Eine wilde Sache.

**Eine wilde Sache.**  
Anfang 1/2 Uhr.  
Morgen: Eine wilde Sache.  
Sonntag, den 16. Januar 1897, zum 302. Male: Neu einstudiert: „Eine tolle Nacht.“

**Friedrich Wilhelmst. Theater.**  
Dienstag: Das Edikt des Kaisers.  
Drama in 5 Akten von G. Friedmann.  
Anfang 8 Uhr.  
Mittwoch: Zum letzten Male: Das Edikt des Kaisers.

Billets ohne Vorbestellgebühr an der Theaterkasse, außerdem im Invalidenheim, Unter den Linden 24, bei Paul Rameis, Leipzigerstraße 6, und Julius Kengenfeld, Warfgrabenstr. 50.  
Sonntag, nachm. 4 Uhr: Die Puppenfee. Zaubermärchen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Georg Zimmermann.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Klaffter-Vorstellung: Kabale und Liebe. Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.

**Alexanderplatz-Theater.**  
Heute und die folgenden Tage:  
Witzige Revue! Sein Verhältnis. Sittenbild aus dem Berliner Leben in 4 Akten von Karl Poppe. Anfang 8 Uhr. (Wond, auch die zu anderen Stellen abgegeben, behalten ihre Gültigkeit.)  
Nächsten Sonntag, nachm. 4 Uhr: Die Puppenfee. Zaubermärchen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Georg Zimmermann.  
In Vorbereitung: Der indische Cactus. Schwank in 4 Akten von U. v. Gordon.  
Billets sind schon 3 Tage vorher ohne Vorbestellgebühr an der Theaterkasse zu haben.

**Schippanowsky's Deutsche Konzerthallen**  
Spandauer Brücke 3.  
Neu! Neu! Neu!  
!! Im Frühlingglanz !!  
Populäre Konzerte:  
Im Alleebrunnen.  
In der Rosenlaube.  
Im Obgarten.  
In der Poppenlaube.  
Im Weinberge.  
Entrée frei! Entrée frei!  
Theater-Abtheilung:  
Vorstellungen von Humoresken, Komikern etc.  
Hauswirths Tochterlein.  
Poffe.  
Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

**Urania, Tauben-Strasse**  
No. 48-49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.  
Invalidenstr. 57/62  
Rechter Stadtbahnhof.  
Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab 50 Pf. Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten u. gr. Lichtbildern ausgestattet.  
Näheres die Tagesanschlüsse.

**Passage-Panopticum.**  
Nur noch kurze Zeit!  
Traumbilder.  
Weihnachtsfeier in Musik u. Gesang.  
Ohne Extra-Entrée.

**Castan's Panopticum.**  
Neu! Die wunderbaren indischen Pygmäen.  
Neu! Ur-Australier (Kannibalen).

**Parodie-Theater**  
Cranienstr. 52.  
Gastspiel der reisenden Schauspielergesellschaft des Direktors Joh. Lumpe aus Döbern bei Benzin in Bühnen: Die Kreuzfahrer oder Emma von Hallsheim. Grobes romantisches Sittenschauspiel. Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr. Entrée 75 Pf. bis 3 R. NB. Verehrungswürdige: Da dieses Stück sich überall des besten Erfolgs erfreute, so glaube ich in der Wahl desselben auch hier keinen Fehltritt gethan zu haben. Einem zahlreichen Besuche entgegensehend Hochachtungsvoll Johann Lumpe, Direktor.

**Volks-Theater**  
31 Reichenbergerstr. 31  
nahe dem Rottbuser Thor.  
Weihnachtsfest-Dekoration  
sämtlicher Säle.  
Robert und Bertram  
Große Gesangsstücke in 4 Akten von G. Räder.  
Anfang: Sonntag 7 Uhr. Montag 8 Uhr. Dienstag 8 Uhr. Entrée 50 Pf. bis 4 R.

**Alcazar**  
Variété und Spezialitäten-Theater I. Rang.  
Dresdenerstr. 52/53 (Gang-Passage) Hauenerstr. 12/13.  
Bormeisterei Familien-Festlichkeit. Neu! Der Ehrenpokal. Neu! oder: Die Deputation.  
Poffe in 1 Akt von G. Räder.  
Brothers' Mission, großartiges Lust-Potpourri. Germ. Wehling, Tanz-Komiker. Lotte Zieger, Bravour-Witzin mit 50 dreifachen Ratten. Max Alfredo Rex, Salon-Humorist. Eugen Koss, unübertreffl. Charakter-Darsteller u. a. m.  
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Entrée 30 Pf. R. Winkler.

**Berliner Possen-Theater**  
Hänzstrasse 17.  
(Eingang Königgraben).  
Direktion: Joseph Adinger und Leonhardy Hengel.  
Sein Portrait.  
Schwank von J. Hasel.  
Des Löwen Erwachen.  
Operette von Brandt.  
Der Lumpenball.  
Burleske von R. Damm u. J. Hasel.  
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.

**Apollo-Theater.**  
Friedrichstr. 218. Dir. J. Gluck.  
Miss Emeline Eihardo.  
The Kellinos.  
Das Sensationsbild:  
Endlich allein!  
La belle Devernois  
ferner 30 Künstler 1. Ranges.  
Kassenschnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

**Zeem-Palast, Burgstr. 22.**  
Direktion Winkler & Fröbel.  
Das durchweg neue urkomische Karnevals-Riesen-Programm.  
Noch nie dagewesen! Sensations-25 Nummern.  
Nur noch kurze Zeit! Die drei Wunder.  
Lilly, Elsan, Frieda auf dem Doppelbrüstlein.  
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr. Entrée 30 Pf.

**Reinhold Streit**  
Naunyn-Strasse 86  
empfiehlt Freunden u. Bekannten sein Weiss u. Balzschbier-Lokal. Vereinszimmer bis 50 Personen fassend, noch mehrere Tage frei.

**Circus Renz**  
Karlsruhe.  
(Jubiläum-Saison 1896/97.)  
Dienstag, den 12. Januar 1897, abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Vorstellung  
Kolossaler Erfolg.  
Luftige Blätter!  
Original! Neue Einlage. Original! Verschönernde Karikaturen-Kaballade.  
Aus dem europäischen Theil des Programms sind besonders hervorzuheben: 6 Traulicher Juchzshänge, im Freistil dresirt und vorgeführt von Herrn Hugo Herzog. Das Non plus ultra aller Pferdebesitzer. Chicago. Rapphengst, dresirt u. geritten von dem berühmten Schulkreiter Hr. Gaberel. Außerdem Kostreien des phänomenalen humoristischen Rechengenies Hr. Jnaudi (als Gass).  
Mittwoch, den 13. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Luftige Blätter. Auftreten des phänomenalen humorist. Rechengenies Hr. Jnaudi (als Gass).  
Franz Renz, Rgl. Kommissionsrath und Direktor.

**Circus Busch.**  
Bahnhof Börse.  
Dienstag, den 13. Januar 1897, abends 7 1/2 Uhr:  
Elite-Vorstellung  
Nach Sibirien.  
Dies grandiose geniale Schaustück des Circus Busch bildet jetzt das Tagesgespräch von Berlin. Bracht, phänomenale equestrische Leistungen; meisterhafte Ausgenirung; Unerreicht. Jeder Beschreibung spottend. Die russische Ostermesse in Moskau. Gr. russ. Original-Sänger-Korps. Der grandiose weiche Akt auf der Reuse. Die unheimliche Verfolgung durch Wölfe. Die Todesfahrt mit dem russ. Dreigespann zur hohen Bühne hinauf; eine noch nie gewagte Leistung. Außerdem: Die vorzüglichsten Dressurnummern des Dir. Busch. Auftreten der vorzüglichsten Schulkreiter Herren Boottitz-Burghardt u. Salamonoffi. 100 Clowns als phänomen. Springer. Die verschiedensten wirklich komischen Clowns. Auftreten sämtlicher neu engagierten Spezialitäten.  
In den Wochentagen gäßen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.

**Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11/13.**  
Heute sowie jeden Dienstag:  
Stettiner Säger  
(Mensch, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl und Schrader).  
Anfang präz. 8 Uhr. Entrée 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).  
„Emma, mein Mauselchwingchen!“ Neueste Burleske.  
Mittwoch:  
Moabit Theater.  
Donnerstag:  
Konzertsaal Zandouci.

**Künstliche Zähne.**  
R. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.  
Theilzahlung pr. Woche 1 R.

**Hackescher Markt 4, Ede Neue Promenade.**  
J. Brünn  
Nach beendeter Inventur gelangen nunmehr große Lagerbestände meiner  
Leppiche! Gardinen! Steppdecken!  
Fertige Wäsche! Leinentwaren!  
zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum  
Ausverkauf!  
dem durch seine vorzüglichen Tuchwaren bekannten ersten Fabrikort Deutschlands, versenden wir zu hervorragend billigen Preisen Herren-Anzug- u. Paleotstoffe, von den einfachsten bis zu den hochmodernsten, für jeden Geschmack passend, in tadelloser reeller Waare. Anerkennungsschreiben in grosser Anzahl aus fast allen Städten Deutschlands beweisen unsere Reellität und Leistungsfähigkeit. Vorzügliche Musterauswahl franco — ohne Kaufverpflichtung — an Jedermann. Unsere seit Jahren bekannten und bewährten sind wieder vorrätig und werden trotz der hohen Wollpreise wie bisher 3/4 Meter schwarz, blau oder braun zu einem moderneren, gediegenen Anzuge für 10 Mark! geliefert. (Zahllose Empfehlungen.)  
Wilkes & Cie., Tuchindustrie Aachen Nr. 78. Man bittet genau zu adressiren.

**Direct von Aachen!**  
Herren-Anzug- u. Paleotstoffe.  
10 Mark! geliefert. (Zahllose Empfehlungen.)  
Wilkes & Cie., Tuchindustrie Aachen Nr. 78. Man bittet genau zu adressiren.

**Achtung! Vereine!**  
Zur bevorstehenden Saison hält sich der Tanzlehrerverein „Solidarität“ den werthen Gewerkschaften und Vereinen bestens empfohlen. 200/1  
Bestellungen bitte im Vereinslokal Annenstraße 18, sowie an den Unterzeichneten zu richten.  
J. A.: Richard Hartmann, Vor-, Schützenauer Allee 63.

**Deutsch. Portier**  
Dessert- u. Malztraubier 1. Rang.  
Brauerei Burghalter, Potsdam, gegr. 1788, bel. f. Blaturne, Bruckstraße, Meisn., Bösch, Refonv. etc. d. leicht bekömmlich, nahrh. kräftigste Bier. — In Stückb., best. bei. Weichheit, u. Gewichtszunahme über. 14 Pfund. drei, 50 je 20 M. exkl. An Weib. (1/2, 1/4, 1/8) 3. Selbst. abh. weinert. bill. Allein-Vertrieb f. Berlin u. Prov.: Portiererei Ringler, Berlin, Brunnenstraße 152. Nicht-Nachzahlung — Qual. entsehrb.

**Strickmaschinen**  
aus der Dresdener Strickmaschinen-Fabrik sind die besten u. ein leichter Erwerbzweig f. Männer, Frauen u. Polan. Geschäfte. Erlernen leicht und gratis. Arbeit u. nachgewiesen. Verkauf zu Fabrikpreisen. Lager bei dem Vertreter A. Gomburger, Heilige-Geiststraße 49, Berlin. Nachmittags.

**Weitere tausend feste Kunden! Bier zum Selbstabfüllen!**  
Böhm'sche Malzbier-Brauerei  
10 Kolbergerstraße 19.  
versendet von 5 Liter frei in 3 Gaus: Malzbier pro Liter Weizenbier } 10 Pfennige. Weizenbier }  
Keuzlich empfohlen!  
Tägl. Jungbierverk. d. rechtl. Nach.

**Sophastoffe**  
Saud, Reste, in Nips, Damast, Crepe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!  
Proben franco! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.  
Berlin S., Cranienstr. Nr. 158.

**B. Günzel, Lothringerstr. 52.**  
Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Vassale, Marx etc. in Cigarettenpigen, Pfeifen, Nadeln, Broschen, Andenken, Büchsen, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preisdruckant.)  
Soeben erschienen:  
Ernst und Lanne.  
Hoch- und plattdeutsch, allerlei In harmloser Reimerei.  
Von Johannes Lauterborn.  
Vierte Auflage. Ladenpreis 1,50 M.  
In beziehen durch die Verlags-Anstalt, Kiel, Holtensauerstraße 45, gegen Einzahlung von 50 Pf. in Marken. Kolporteur und Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. Der Verlag.

**Künstl. Zähne 2 M.** Schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomb. 1,50 M. Theils. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-6.

**Aufforderung.**  
Bitte Zeugen gegen Vergütung zu melden, die den Vorfall vom 17. August 1895 in der Badstraße 8b im Garten des Herrn Maulhard gef. haben. Weid. bitte an Fr. Schulz, Pantow, Florstr. 69. 38086

**Lanolinseife!**  
macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefern ich f. 10 Pf. p. Woche. Handtuch-Berlei-Juh. S. Jäger. Neue Königsstr. 17. Fernsprech-Nr. VII. Nr. 3087.

**Brockhaus', Meyer's Lexikon, Brehm's Thierleben,** ganze Bibliotheken, Klaffter belebt und fast Antiquariat. Rosenstr. 11/12. Fernsprecher.

**Achtung! Achtung!**  
Künstliche Zähne von 3 R. an. Theils, wöchentl. 1 R., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Retorten bei Belieferung umsonst.  
Guckel, ar. 12, Steglitzerstr. 71 I.

**Masken-Garderobe-Temp.**  
Genossen u. Genossinnen, hauptsächlich f. Vereine 10 % billiger. Frau Mocher, Fretzinerstr. 2 pt.

**6 Pfund Brot für 50 Pf.**  
Helfert  
Albrecht's Bäckerei, Faldenfeinstr. 28. Langestr. 26. Wrangelstr. 8. Lausitzerstr. 2.

**Gardinen-Rester-Ausverkauf**  
älterer Ruster in weiß und crème zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in dem Gardinenfabrik-Lager Berlin O., Grüner Weg Nr. 80 part. Eing. vom Flur (kein Laden). Neuheiten treffen täglich ein.

**Für 12 Mark**  
Stoff zu einem Herren-Anzug. Für 15 M. f. Kammgarn od. Cheviot. f. Winter-Paleotstoffe. Reste. Tuch-Lager C. Hoher Steinweg No. 4.

**Purigen-Heberzieher,** gut erh. verl. Hartwig, Reignterstr. 18, S. 2, II.

**Möbel auf Theilzahl.**  
J. Kellermann, Neue Jakobstraße Nr. 26.

**Täglich: Warmes Frühstück zur Auswahl**  
Echt Münchener Bürgerbräu Pilsener, hiesiges heil. u. dunkl. Lagerbier Weissbier.  
Zur alten Linde  
Admiralstr. 100 am Platz

**Arbeitsmarkt.**  
Verlangt Herrndy u. Hermann. Weib.: Bureau Lindenstr. 3 II bei Herrndy.  
Alte Frau ohne Anhang Tag über 5. Kind. In erfragen Göttingerstr. 67 im Milchladen. 38026  
Tüchtiger Werkführer  
für eine Damenshirtfabrik in Dresden gesucht. Derselbe muß firm in der neuen Fabrikation und mit dem Aufreiß-Berfahren vertraut sein. — Dauernde Stellung. — Persönliche Meldung Hof von Holland, Hofstraße 6, abends 6 bis 8 Uhr, Zimmer 14. 38078  
Tüchtige Federarbeiter u. f. eingezogene Truf. finden dauernde Beschäftigung bei G. Adam jr., Pringelstr. 33. 38066  
Neue zum Tabak-Einschlagen verlangte Schützenstr. 7, Laden. 38146

Unserm Freund, dem Badler Lange, zu seinem heutigen Geburtstag die besten Glückwünsche. 38126  
Die bel. Genossen a. d. 162. Bezirk.  
**Todes-Anzeige.**  
Sozialdemokrat. Wahlverein für den 1. Berl. Reichstags-Wahlkreis  
Am 9. d. M. verstarb nach langem, schwerem Krankenlager unser Mitglied, der Beisetzungsamt 235/3  
**Julius Rielsch.**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Pauls-Kirchhofes, Seestraße, aus statt. Um rege Theilnahme bittet  
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Mitglied und Gründer des Spar- u. Kreditvereins „Eiche“  
**Hermann Weilandt**  
Töpfer  
am Sonntag, den 10. d. M., verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 14. d. M., vom Kranenhanse Friedrichshain nach dem Zions-Kirchhof in Weissenhofe statt.  
Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.** Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau Louise Rhonca geb. Hellwig am 10. d. M. sanft entschlafen ist. 38176  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. d. M., nachm. 3 Uhr, von Trauerhalle, Charlottenburg, Schillerstr. 90, aus statt nach dem Wulken-Kirchhof, Fichtenbrunner Weg.  
**Julius Rhonca.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein geliebter Mann, der Tischler Gerhard Zandmann, nach langem Leiden entschlafen ist. — Um rege Theilnahme bittet  
Die trauernde Wittwe  
Wedwig Zandmann geb. Frenkel.  
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 13. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.

**Dankagung.**  
Für die liebevolle Theilnahme und für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters  
**Franz Wingeberg**  
sagen allen Freunden und Bekannten, sowie den Herren vom Trauerverein unsern herzlichsten Dank. 38136  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dankagung.** Allen denen, welche meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen, insbesondere den Genossen des 4. Wahlkreises, sowie für die reiche Kranzspende meinen herzlichsten Dank. 38105  
Die trauernde Wittwe  
Amalie Strang nebst Kindern.

**Dankagung.**  
Den Genossen des Wahlvereins, sämtlichen Tabakarbeitern und Arbeiterinnen, sowie allen Freunden und Bekannten, welchem meine unvergesslichen Mann, unserem theuren Vater und Bruder die letzte Ehre erwiesen, gleichzeitig für die überreiche Kranzspende sprechen wir allen unsern tiefgefühlten Dank aus. Um Rame der Familie: Frau Johanna Mirah.

Allen Verwandten, Bekannten und Kollegen, welche bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes Altonus und tröstend zur Seite standen. 38065  
**Hermann Weich** nebst Frau und Kindern (Tempelhof).

**Blumenhandlung**  
P. Abromeit, Berlin SW.  
Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc.  
Billigste (Martha-Hallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.  
**Kranzbinderer u. Blumenhandlung Robert Meyer,** 37092\* von  
No. 2. Mariannenstr. No. 2.  
Bildungs-Kränze, Guirlanden, Ball-Kränzchen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.  
Restauration für Partiegewissen, 2. Wahlkreis, wollen Schank, billig zu verkaufen. In erfragen R. Meyer, Stallschreiberstr. 36. 38066

**Arbeitsmarkt.**  
Verlangt Herrndy u. Hermann. Weib.: Bureau Lindenstr. 3 II bei Herrndy.  
Alte Frau ohne Anhang Tag über 5. Kind. In erfragen Göttingerstr. 67 im Milchladen. 38026  
Tüchtiger Werkführer  
für eine Damenshirtfabrik in Dresden gesucht. Derselbe muß firm in der neuen Fabrikation und mit dem Aufreiß-Berfahren vertraut sein. — Dauernde Stellung. — Persönliche Meldung Hof von Holland, Hofstraße 6, abends 6 bis 8 Uhr, Zimmer 14. 38078  
Tüchtige Federarbeiter u. f. eingezogene Truf. finden dauernde Beschäftigung bei G. Adam jr., Pringelstr. 33. 38066  
Neue zum Tabak-Einschlagen verlangte Schützenstr. 7, Laden. 38146

**Arbeitsmarkt.**  
Verlangt Herrndy u. Hermann. Weib.: Bureau Lindenstr. 3 II bei Herrndy.  
Alte Frau ohne Anhang Tag über 5. Kind. In erfragen Göttingerstr. 67 im Milchladen. 38026  
Tüchtiger Werkführer  
für eine Damenshirtfabrik in Dresden gesucht. Derselbe muß firm in der neuen Fabrikation und mit dem Aufreiß-Berfahren vertraut sein. — Dauernde Stellung. — Persönliche Meldung Hof von Holland, Hofstraße 6, abends 6 bis 8 Uhr, Zimmer 14. 38078  
Tüchtige Federarbeiter u. f. eingezogene Truf. finden dauernde Beschäftigung bei G. Adam jr., Pringelstr. 33. 38066  
Neue zum Tabak-Einschlagen verlangte Schützenstr. 7, Laden. 38146